DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 091

Überarbeitung thematischer Leitlinien unter Einbeziehung von ALEKSA

Beschluss des Landesvorstandes vom 19. Juni 2020

Beschlüsse:

1. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen nimmt den letzten Arbeitsstand und die Zusammenfassung des Alternativen Landesentwicklungskonzept Sachsens aus linker Sicht (ALEKSA) zur Kenntnis.
   Der Landesvorstand bewertet das Papier als geeignete Grundlage für eine weitere programmatische Arbeit der Landespartei.
2. Der Landesvorstand bittet die Landesweiten Zusammenschlüsse, ihre vorhandenen thematischen Leitlinien auf Aktualität zu überprüfen und ggf. zu überarbeiten. Dabei sollen Inhalte und Anregungen aus ALEKSA berücksichtigt werden.
3. Der Landesvorstand bittet die Landtagsfraktion und ihre Mitglieder, sich entsprechend ihrer Arbeitsfelder an der inhaltlichen Weiterentwicklung linker programmatischer Zielstellungen zu beteiligen und durch die Zusammenführung der thematischen Leitlinien mit dem ALEKSA-Papier in Zusammenarbeit mit den LWZ aktiv einzubringen.

Anlagen: Papier ALEKSA, Zusammenfassung ALEKSA (Forderungen)

politische Botschaft: -

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

weitere Maßnahmen: -

Finanzen: -

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

F.d.R

Dresden, 19.06.2020

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

Überarbeitete Fassung des Landesentwicklungskonzeptes ALEKSA - Stand 28. Februar 2019
(Redaktionsgruppe)

1. Was hält uns zusammen?

Die Grafik Zeile 31 voranstellen...

Situation:
Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Die Idee der großen Gemeinschaft verliert an Strahlkraft, die Menschen grenzen sich in immer kleinere Gruppen ab.
Diese Einschätzung wird mehr und mehr zu einem bestimmenden Faktor im Bewusstsein der Menschen. Mehr noch als der Verlust traditioneller Zusammengehörigkeit prägt die Angst vor dem Verlust des sozialen Miteinanders das Lebensgefühl. Auf der Suche nach mehr Gemeinsamkeit schließen sich Gruppen zusammen, die sich daraufhin entschlossen nach außen abgrenzen. Die Furcht vor dem Verlust des Jobs und dem damit verbundenen sozialen Abstieg führt nicht zum Zusammenrücken der Werktätigen, sondern zur Entsolidarisierung. Die Angst ums „eigene Kleine“ verstellt den Blick auf das „gemeinsame Kleine“.
Dabei müssten derzeit noch die nackten Zahlen in Bezug auf die Wirtschaftsdaten und die sinkende Arbeitslosigkeit zu einem optimistischeren gesellschaftlichen Klima beitragen. Doch die Angst vor Verlusten lässt sich leider durch bloße Zahlen nicht mehr so leicht besänftigen.

Gefährdet wird der Zusammenhalt demnach durch die in der Bevölkerung wahrgenommene Gerechtigkeitslücke: Ganz Wenige haben zu viel und ganz Viele haben zu wenig. Diese deutliche Spaltung wird beim sozialen Miteinander zwischen Ost und West sowie zwischen strukturschwachen und prosperierenden Regionen erkennbar.
Noch immer sind Löhne und Renten im Osten niedriger als im Westen der Bundesrepublik, insbesondere in Sachsen droht vielen, vor allem vielen Frauen, Altersarmut. Und das, obwohl die meisten viele Jahre gearbeitet haben.

Es gibt große Unterschiede innerhalb von Sachsen, was Lebensqualität anbelangt. Großstadt ist nicht gleich Großstadt in Bezug auf Mietpreise und Infrastruktur. Es gibt innerhalb der Großstädte weniger beliebte Stadtteile und jene, die aus allen Nähten platzen, wo das Leben tobt. Jenseits der Großstädte wachsen dagegen nur noch wenige Orte. Beim Rest ist Wohnungsrückbau und das Verlassen des Zuhauses aufgrund mangelnder Perspektiven leider Normalität. Das typische Dorfleben, was eine neue Generation nur noch aus Filmen kennt, gibt es kaum mehr, weil es dafür kaum entsprechende Rahmenbedingungen gibt. Frauen haben es nach wie vor im Berufsleben ungleich schwerer, da noch immer Familienarbeit zu einem großen Anteil auf ihren Schultern lastet. Der Rückbau jeglicher Infrastruktur hat in den letzten Jahren den Alltag mehr erschwert denn erleichtert. Die Bundes- und Landesregierung versucht nunmehr den Schaden zu begrenzen. Trotzdem bleibt ein viel zu geringes Niveau an würdigen Lebensbedingungen. Es fehlt schlichtweg der soziale, der verbindende Rahmen.

Große Verbände, Vereine, Gewerkschaften, Kirchen, auch Parteien stellen insgesamt fest, dass sich das, was wir als Zivilgesellschaft bezeichnen, deutlich verändert. In dem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass nicht die Engagementbereitschaft als solche abgenommen hat, aber die Art und Weise, wie sich Menschen engagieren, verändert sich.

Wir beobachten eine Entwicklung, in der der Zusammenhalt innerhalb bestimmter Gruppen oder sozialer Netzwerke durchaus gegeben ist, aber die Integration dieser verschiedenen Gruppen in unserer Gesellschaft immer weniger gelingt. Es gibt die Bereitschaft, sich punktuell für eine Sache zu engagieren, aber sich den großen Interessensverbänden, den Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien mögen sich die meisten nur schwer anschließen. Damit verlieren die Interessensvertreter*innen nicht nur an Einfluss, sondern ihnen geht auch die Bindung zu kleinteiligen Initiativen verloren. Die Überzeugung, dass Partikularinteressen durch die Großen durchgesetzt werden können, ist nicht mehr vorhanden.

Vorsorgeleistungen, die notwendig sind, wurden und werden dem Markt überlassen, städtische Wohnungen wurden verkauft, Pflege findet größtenteils in privaten Einrichtungen durch private Anbieter oder gleich als private Leistung statt, die Kosten explodieren und das Angebotsspektrum schrumpft. Versprechen der Besserung entlarven sich an fast jeder Stelle als Lüge. Normalverdiener*innen werden gegen sog. Sozialleistungsbezieher*innen ausgespielt, statt grundsätzlich die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums zu thematisieren. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Menschen sollen nämlich marktkonform funktionieren.

Wir sind der Überzeugung, dass allein sozialstaatliche Reaktionen der Umverteilung nicht ausreichen, sondern wir sind an einer gesellschaftlichen Zeitenwende angekommen. Globalisierung und Digitalisierung beschleunigen einen Wandel, der traditionelle Berufe in Teilen verschwinden lässt oder bis zur Unkenntlichkeit verändern wird. Die Arbeitswelt hat sich nunmehr so verändert, dass es einer grundsätzlich anderen Herangehensweise an Politik bedarf. Jobs werden nicht zurückkehren, neue kommen, mit denen bis dato niemand etwas anfangen kann. Arbeit muss anders verteilt werden und ein bloßes Verwalten des Status quo wird die Risse noch tiefer werden lassen. Zumal diejenigen, die am meisten besitzen, am wenigsten an der solidarischen Verteilung der Gemeinwohlkosten beteiligt werden.

Wir kommen zu dem Schluss, dass wir grundsätzlich anders um unsere Gesellschaft kämpfen müssen. 30 Jahre nach der Wende ist das leicht dahingesagt. Denn gerade die Wende, die Zeit der großen Hoffnungen und Versprechungen, stellt sich jetzt als großes „mentales“ Hemmnis für die notwendigen Veränderungen, für ein Umdenken heraus. Zu frisch sind noch die Erinnerungen, wie schwer es war, sich neu aufzustellen, beruflich und privat. Zu deutlich sind die Ergebnisse dieser Umwälzung, denn sie hat für Viele trotz frischer Häuserfassaden, schnelleren Autos und gigantischen Einkaufstempeln kaum ein besseres Lebensgefühl gebracht, ökonomische Ängste dominieren. Da scheint es auf den ersten Blick besser, auf Erhalt des Bestehenden zu setzen.

<u>Unsere Vision:</u>

In turbulenten Zeiten ist Zusammenhalt alles, was einer Gesellschaft hilft

Gesellschaftlicher Zusammenhalt muss politischer und gesellschaftlicher Wille sein. Wir haben dabei die Vorstellung, dass die Idee der Stärkung des Miteinanders in allen Lebensbereichen der rote Faden von gesellschaftlicher Entwicklung werden muss. Solidarität ist eben kein staatlicher Gnadenakt, sondern ein humanistischer Grundwert und ein Recht für alle Mitglieder einer Gesellschaft. *Oft hören wir, dass früher der Zusammenhalt besser war und dass man sich die guten alten Zeiten zurückwünscht. Was fehlt, ist eine offene und ehrliche Diskussion darüber, wie ein solcher Zusammenhalt wieder entstehen kann.*
Auf die stattfindende gesellschaftliche Zeitenwende müssen wir gemeinsam Antworten finden. Und dabei müssen wir mit der bisherigen Arbeitslogik, aber auch dem uns anerzogenen Arbeitsethos vermutlich brechen. Künstliche Intelligenz, Algorithmen, Automatisierung werden ganze Berufsgruppen verschwinden lassen dafür kommen neue hinzu. Globalisierung ist nicht aufzuhalten, sondern zu gestalten. Wir finden, dass es längst überfällig ist, breit angelegt ethische Debatten darüber zu führen, was für eine Gesellschaft wir wollen, wie wir jetzt und in Zukunft leben wollen. ‚Saxony first‘ und ‚Ellbogen raus‘ sind keine Antworten der Zukunft.
Das alleinige Verlassen auf Selbstregulierung des Marktes und die stete Wiederholung, dass das gar nicht anders geht, lehnen wir ab. Unregulierter Kapitalismus kann den Ansatz von Gleichheit, Freiheit und Solidarität aller Menschen nicht hervorbringen. Neoliberalismus klammert immer Menschen aus, weil an jeder Stelle eine ökonomische Renditeerwartung vorausgesetzt wird. Diese ökonomische Macht in allen Lebensbereichen, deren Folge Freiheitsdefizite des Einzelnen sind, muss Politik brechen, was für uns ein dringend nötiger Paradigmenwechsel ist.
Menschenrechte gelten universell und sind der Maßstab des Handelns von Politik. Ihre Sicherstellung macht den Wert einer Gesellschaft aus. Voraussetzungen, damit alle Menschen geschätzte, im Idealfall aktive Bestandteile unserer Gesellschaft sind, sind zuerst die Freiheit von Armut, aber auch Gesundheit, gleichwertige Lebensbedingungen. Diese zu schaffen ist unser Ansatz.
Dabei sagen wir nicht einfach nur, dass muss der Staat machen, sondern wir verstehen den Staat vielmehr als Ermöglicher und als Schutzgemeinschaft für alle. Denn gesellschaftliches Umdenken braucht den Rückhalt der Menschen und diesen Rückhalt, diese gemeinsame Aufgabe zu bewältigen ist Aufgabe von Politik und dafür treten wir an. Denn wir sind Teil von allem und haben verstanden, dass Bevormundung nichts bringt.

Mündigkeit und Freiheit sind Voraussetzungen um an Debatten teilnehmen zu können, um Teil dieser Gesellschaft zu sein. Die Freiheit der Gedanken, die Freiheit, sich neu orientieren zu können, die Freiheit klug auf technischen Fortschritt zur reagieren sind für uns Bestandteil unseres politischen Ansatzes. Wir wollen perspektivisch durch politische Maßnahmen, die unserer Gesellschaft nützen, die Vorteile für die Einzelnen bringen, eine Fokusverschiebung erreichen. Nicht mehr das Bangen um die eigene ökonomische Sicherheit darf dominieren, sondern der Kopf soll frei sein und Neugier auf eine moderne Gemeinschaft geweckt werden. Menschen haben in unseren Augen nicht zu funktionieren und profitabel zu sein, sondern haben zu aller erst ein Recht auf Sicherheit, auf Geborgenheit und auf Hilfe, wenn es nicht idealtypisch läuft. Nur so kann man an einer Gesellschaft mitarbeiten.
Wir wollen keine Planwirtschaft, aber wir wollen, dass Politik und staatliche Institutionen einen Plan haben, wie die für eine gesunde Gesellschaft notwendige Daseinsvorsorge/Infrastruktur sichergestellt wird.

Sozialer Zusammenhalt ist die Voraussetzung für die Freiheit einer Gesellschaft

Wir setzen für unsere gesellschaftliche Vision am sozialen Zusammenhalt an, da die ökonomische Unsicherheit die Ursachen allen Übels ist. Unser Grundansatz ist dabei, dass Risiken, die das Leben bietet nicht vom Einzelnen, sondern von einer Gesellschaft insgesamt getragen werden müssen. Wir wollen dafür dort, wo es irgendwie möglich ist, politisch gestalten und dafür sorgen, das Not nicht entsteht. Deswegen wollen wir solidarische Sicherungssysteme, in denen nicht die Reichsten ausgenommen sind und wollen Fonds für Lebensrisiken, mit denen der oder die Einzelne überfordert ist. Ein Beispiel dafür sind Naturkatastrophen.
Wir wollen ein Auskommen für alle Menschen, die hier leben, von dem man auch tatsächlich leben kann. Dabei sind die Menschen einer Gemeinschaft keine Bittstellerinnen, sondern sie haben einen Anspruch darauf. Das beinhaltet auch, Unterstützung, wenn man scheitert und die Ermöglichung eines Neustart. Eine Grundsicherung für alle ein Leben lang, von der man leben kann, die ohne Bestrafung auskommt, ist dabei für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir diskutieren aber auch Varianten, die darüber hinaus gehen.
Wir wollen dass alle Menschen Zugang zu Gesundheit und einem gesunden Leben haben. Den Arzt muss man frei wählen können, in Krankenhäusern wird man gut versorgt und bekommt alles Notwendige, um gesund zu werden. Man kann entscheiden, wo und wie man gepflegt werden will. Wenn man sich für die häusliche Pflegevariante entscheidet, haben pflegende Angehörige keinen finanziellen Nachteil, im Gegenteil, sie werden durch professionelle Hilfe unterstützt. All das kann man nur erreichen, wenn gesundheitliche Einrichtungen und Dienste in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand sind. Nur so sind wir alle in der Lage zu entscheiden, was wir ihnen abverlangen und haben überhaupt Handlungsmöglichkeiten.
Um alle das zu ermöglichen kämpfen wir für Umverteilung innerhalb der Gesellschaft, nicht wie die meisten Parteien für die Umverteilung innerhalb einer Klasse. Wir nehmen Reiche, große Unternehmen an der Stelle nicht aus der Verantwortung raus, sondern schließen sie in das Solidarprinzip, was unseren Überlegungen zugrunde liegt, mit ein. Es geht dabei darum, dass über alle Klassen und Marktmacht hinweg anerkannt wird, dass Menschen einen Anspruch auf gutes Leben, Zugang zu Kultur, Bildung usw. haben. Es geht schlichtweg darum, dass wir zum Kampf dafür einladen wollen, dass alle Menschen anerkennenswert sind und geschätzter Bestandteil unserer Gesellschaft sind. Wir sehen nicht ein, dass Menschen dafür kämpfen müssen, das Nötigste zu bekommen und gleich gar nicht, warum man bei denen, wo ökonomische Macht vorhanden ist, betteln muss, der Gesellschaft in gleichem Maße etwas zurückzugeben.
Dabei haben wir eine Vorstellung von Produktionsverhältnissen der Freien und Gleichen, den das schützt vor Ungerechtigkeit und Selektion.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht mehr als sozialen Zusammenhalt

Auch wenn wir der Auffassung sind, dass Zusammenhalt in einer Gesellschaft nur entstehen kann, wenn soziale Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, braucht gesellschaftlicher Zusammenhalt und eine funktionierende freiheitliche Gesellschaft weit mehr. Große Hoffnungen lösen hier vor allem zwei Bereiche aus: zum einen die aktive Zivilgesellschaft, die Arbeit von und die Mitarbeit in Vereinen aller Art. In solchen von einem gemeinsamen Ziel geleiteten Organisationen – ob es sich nun um die Freiwillige Feuerwehr handelt, ein Orchester oder Bürger*innen-Initiative – werden Differenzen und Berührungsängste überbrückt, finden also Menschen zusammen, die ohne diese Vereine in unterschiedlichen Welten leben würden. Zudem

kommt auch das Ergebnis der gemeinsamen Freizeittätigkeit meist der Gemeinschaft zugute. So werden ganz praktisch Verantwortung und Zusammengehörigkeit geübt.

Der wichtigste Schlüssel für die Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts lautet Bildung. Bildung ermöglicht Teilhabe, Bildung ermöglicht sozialen Aufstieg. Die realistische Aussicht, die soziale Stufenleiter erklimmen zu können, stellt eines der stärksten Motive dar, an die Gesellschaft zu glauben und sich nicht von ihr abzukapseln. Allerdings ist dafür ein Bildungssystem nötig, das soziale Unterschiede überwindet und nicht zementiert, uns geht es um Durchlässigkeit im Bildungssystem.
Regelmäßig beklagt im Gegenteil der OECD-Bildungsbericht die allzu starke soziale Differenzierung in den unterschiedlichen Schultypen. Ein Bildungssystem, wie wir es uns vorstellen, welches als Kitt der Gesellschaft wirkt, müsste dagegen jene Hürden überwinden können und müssen. Die Schulen haben allzu oft nicht die Kraft, die Abgrenzungen zu überwinden, die den Schülern vom Elternhaus mitgegeben werden. Tatsächlich ist der gesellschaftliche Zusammenhalt Studien zufolge dort geringer, wo viele Arbeitslose und arme oder von Armut gefährdete Menschen leben – das wird regional noch deutlicher als auf Landesebene. Vor allem eine hohe Jugendarbeitslosigkeit gefährdet demnach den Zusammenhalt. Ähnlich negative Auswirkungen hätten ein hoher Anteil von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss und eine überalterte Bevölkerung.

Deshalb muss Bildung in der derzeitigen gesellschaftlichen Umbruchphase neu gedacht werden. Alles verändert sich, nur Bildung wird dem Grund nach so wie vor 40 Jahren weiter praktiziert. Das kann nicht funktionieren. Für Lernen ein Leben lang in Zeiten, in denen es so vielfältige Möglichkeiten gibt, Informationen zu bekommen und diese verarbeiten zu müssen, muss man Lernen und Bildung neu denken. (Mehr dazu im Kapitel ?)
Wir müssen Wirtschaft und Arbeit mit all ihrer Übermacht und Funktion und Wirkungsweise in dieser Gesellschaft diskutieren. Wie kann eine Gesellschaft in einem Zeitalter von Globalisierung funktionieren, welchen Stellenwert nimmt Wirtschaft da ein, wie kommt der Staat aus seiner Bittstellerrolle raus, wie kann aber auch gleichzeitig gegenseitiger Respekt und Anerkennung wachsen? Wie können Arbeitsplätze auch gleichzeitige Orte der Entfaltung werden? Das sind die Fragen, denen wir uns im Kapitel ?? zuwenden. Wir müssen diese Diskussion führen und gemeinsam Lösungen finden, wenn wir nicht wollen, dass alle Regionale verschwindet.
Für Zusammenhalt brauchen wir eine lebendige Demokratie und keinen paternalistischen Staat, der das schon regelt. Wie kann man Mitwirkung stärken, wo liegen Grenzen, können diese abgebaut werden, wie kann man mehr auf das Gemeinschaftliche setzen? Hier finden sich Vorschläge in Kapitel ??
Welche Infrastruktur brauchen Menschen hier in Sachsen, um gut leben zu können, wie sind gleichwertige Lebensbedingungen vorstellbar. Wie erreicht man durch eine staatliche Infrastruktur, dass alle ohne Hürden am Leben teilnehmen können? Hier finden sich Vorschläge in Kapitel 2.
Ein gutes Leben für Jung und alt in allen Teilen Sachsen ist unser Ziel. Wo finden sich dafür Anknüpfungspunkte, wie stellen wir uns das vor. Siehe Kapitel ??
In Anbetracht des fortgeschrittenen Klimawandels ist uns Nachhaltigkeit ein Anliegen. Nachhaltigkeit und ein ökologischer Lebenswandel darf nicht nur für diejenigen möglich sein, die besser gestellt sind, sondern alle sollen mitwirken. Siehe Kapitel ??
Bei all den Fragen diskutieren wir auch, welchen Stellenwert Europa für die Menschen hier in Sachsen hat, welchen es einnehmen könnte und sollte. Viel zu oft muss die Europäische Union als Buhmann herhalten, wenn national oder landespolitisch etwas schief läuft. Das halten wir für fatal. So sehr wie die derzeitige Europäische Union kritisieren, setzen wir in sie Hoffnung und haben Entwicklungsvorschläge, die allen Menschen zu Gute kommen. Siehe Kapitel ??

Bei allen politischen Handlungen muss die Grundfrage sein: Was tut unserer Gesellschaft gut? Wie kann man das Miteinander und Zusammenhalt stärken.

Wir glauben, entscheidend ist, dass die Politik ihre Blickrichtung ändert. Und in diesem Zusammenhang ist das Stichwort sozialer Zusammenhalt der Schlüssel. Es macht einen Unterschied, ob ich politische Probleme unter Effizienzgesichtspunkten versuche zu lösen oder ob ich versuche, politische Fragen unter dem Blickwinkel des sozialen Zusammenhalts zu betrachten. Vieles von dem, was in den vergangenen 20, 30 Jahren unter Effizienzgesichtspunkten entschieden worden ist, Privatisierung des Öffentlichen und Verwaltungsreformen, haben sich mit Blick auf den sozialen Zusammenhalt als kontraproduktiv erwiesen.

Deswegen geht es nicht nur um Korrekturen an einzelnen Punkten, sondern es geht darum, dass die Politik einen grundsätzlich anderen Blick einnimmt.

Mit unserem Ansatz des Zusammenhaltes, für eine andere Art des Miteinanders, für unsere Gesellschaft, wollen wir einladen mit zu diskutieren, sich zu engagieren. Gleichzeitig wollen wir verdeutlichen, dass es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, über den eigenen Dunstkreis hinaus zu schauen. Um das zu befördern, kann man unzählige Maßnahmen ergreifen, im Großen, aber auch im Kleinen hier in Sachsen. Wir finden, dass es an der Zeit ist, diese großen und komplizierten Fragen aufzuwerfen und um Antworten zu ringen. Auch wir haben nicht der Weisheit letzter Schluss, aber wir reden darüber und schlagen Maßnahmen vor, die den Weg ebnen.

2. Gleichwertiges Leben überall - holen wir uns Gestaltungsmacht zurück!

Die Situation:

Wie sozial eine Gesellschaft ist, zeigt sich daran, ob alle Menschen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können – und zwar unabhängig davon, wo jemand wohnt, wer die Eltern sind oder wie jemand sein Leben organisiert. In den vergangenen Jahrzehnten meinte Politik, dass sich Gesellschaft auf die sich abzeichnende „Überalterung“ dadurch vorbereiten müsse, indem man von Sozialsystem bis Infrastruktur alles demografiefest um- bzw. hauptsächlich abbaut.

Die Begründung lieferte die Statistik: Lebten 1990 noch 4,9 Mio Menschen in Sachsen, waren es im Jahr 2017 nur noch etwas über 4 Mio Einwohner. Und die waren mit 46,7 Jahren im Durchschnitt auch noch 7 Jahre älter als noch zur politischen Wende. Leerstand und Verfall prägte das Gesicht vieler Kommunen im ländlichen Raum, während Gewerbe- und besonders Wohnraum in Ballungszentren zunehmend knapp wurde.

Eine visionslose Politik folgte mit ihren Demografie-Wandel-Konzepten allein dem ökonomischen Credo „Alles muss sich rechnen.“ Kommunen wurde geraten, sich von vermeintlich unnötigem Ballast zu trennen und ihre wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge zu privatisieren oder auszugliedern. Strom, Wasser, Wohnung, Müll, Breitband, Gesundheit - alles wurde nach betriebswirtschaftlichen Kriterien bewertet und sollte auf dem „freien Markt“ möglichst noch Gewinne für die öffentliche Hand abwerfen. Allerdings trennten sich Kommunen durch den Verkauf ihres „Tafelsilbers“ auch von einem wesentlichen Teil eigener Gestaltungsmacht. Unternehmen wurden mit Niedriglohnversprechen in strukturschwache Regionen gelockt. Bildung und Kultur, gern als „freiwillige kommunale Leistung“ herabgewürdigt, wurde totgespart oder kaputtkonzentriert.

Die Folgen: verkaufte Bahnhöfe, tote Schulen, ausgedünnte Schienennetze, auf dem Dorf weit und breit kein Laden, kein Geldautomat, kein Bus, keine Post, kein Arzt, oft nicht mal mehr eine Kneipe. So wurde gesellschaftliches Leben in private Räume zurückgedrängt. Gerade ländliche, wirtschaftsschwache Regionen gerieten so in einen Teufelskreis aus sinkender Attraktivität und beschleunigtem Wegzug. In der Stadt dagegen explodieren die Mieten und Grundstückspreise, nerven übervolle Klassenzimmer, verstopfte Straßen, belastete Luft.

Von Gleichwertigkeit bei Erwerbs- und Lebensbiografien kann nach knapp 30 Jahren deutscher Einheit immer noch nicht gesprochen werden. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind an allen sozialen Parametern ablesbar. In Ostdeutschland sitzt kein einziges DAX-Unternehmen und von 50 Bundesbehörden haben nur 3 ihren Sitz hier. Es finden sich in Spitzenpositionen, auch in der Verwaltung, kaum Ostdeutsche, ostdeutsche Firmen werden bei öffentlichen Vergabeverfahren seltener berücksichtigt. Und das alles, obwohl es seit 1992 einen Regierungsbeschluss gibt, bei der Verteilung von solch attraktiven Arbeitsplätzen auch den Osten zu berücksichtigen. Dass Eingeständnis von Fehlern durch regierungsamtliche „Ostbeauftragte“ ist der hilflose Versuch, die spürbare politische Entfremdung zwischen Regierten und Regierenden einzuhegen. Nach dem Versprechen „blühender Landschaften“ ist die Ungleichheit zwischen Ost und West die Grundlage einer immer aufs Neue bestätigten Frustrationserfahrung, die nicht nur in Sachsen hässliche antidemokratische Entwicklungen hervorbringt.

Kein Fortschritt auch bei gleichwertigen Berufschancen von Mann und Frau. Mit dem marktkonformen Zusammenschrumpfen der Infrastruktur haben sich die Rahmenbedingungen für Frauen und ihrer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsleben, am gesellschaftlichen Leben eher verschlechtert. Frauentypische Berufe werden noch immer schlechter bezahlt und Familien- und Pflegearbeit übernehmen nach wie vor weit überwiegend Frauen. Häufig passiert Pflegearbeit neben der regulären (Teilzeit-)Arbeit - nur, dass Frauen in diesen Zeiten eben keine Rentenpunkte sammeln, obwohl sie gesellschaftlich sinnvolle Arbeit verrichten.

Auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind nach wie vor ausgegrenzt. Bereits unser Schulsystem selektiert, Werkstätten für behinderte Menschen verhelfen zwar zu sinnvollen Tätigkeiten und sozialen Beziehungen. Aber sie ermöglichen nicht den Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt und ihre Beschäftigten erhalten keinen vergleichbaren Lohn.

Dennoch oder gerade deshalb: Wenn wir über Wende- und Nachwende-Erfahrungen reden, schließt das für uns immer Erfahrungen von Erfolg ein. Erfolg im Sinne von Sicht-behauptet-Haben – nicht nur gegen andere, sondern auch für die Bewahrung des Sozialen - durch Selbstveränderung, durch Lernen, durch Innovation, Engagement und Cleverness.
Auf diese besonderen ostdeutschen Kompetenzen vertrauen wir.

Unsere Vision:

Menschen entscheiden sich in der Regel sehr bewusst, wo sie leben wollen - also lieber in einer Großstadt oder jenseits davon. Allerdings wollen wir, dass hinter dieser Entscheidung tatsächlich nur unterschiedliche Bedürfnisse je Lebensabschnitt und individuelle Interessen stehen, nicht mangelnde Rahmenbedingungen ausschlaggebend sind. Insofern braucht es überall in Sachsen gleichwertige Bedingungen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse - auf Mobilität, Bildung, Kultur und Sport, Nahversorgung, Gesundheit.

Wir wollen keine Gleichmacherei, aber wir wollen, dass es in allen Regionen Sachsens lebenswerte Rahmenbedingungen gibt, die jedem Einzelnen gleiche Möglichkeiten für seine Entwicklung einräumen. Unsere Überzeugung ist, dass gleichwertige Lebensbedingungen den Zusammenhalt vor Ort fördern. Deshalb halten wir gerade in Zeiten des demografischen Wandels am Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen fest und widersetzen uns jeglichen Versuchen einer Neuinterpretation von Standards im Sinne einer Absenkung wohlfahrtsstaatlicher Niveaus.

2.1. Leistungen der Daseinsvorsorge vorausschauend entwickeln und solidarisch finanzieren

Wir wollen, dass es **überall Zentren der Begegnung** gibt, in denen man sich trifft und diskutiert. Es muss überall gut erreichbare Kitas, Schulen, Berufsausbildungszentren oder Ärztehäuser geben, eine Kultur- und Sportstruktur, die nutzbar ist, Einrichtungen der Jugendhilfe, auch und insbesondere präventive Angebote. Politik und Verwaltung müssen dort sein, wo die Menschen sind, auch wenn das Geld kostet. Zu einer funktionierenden Infrastruktur gehört auch, dass Behördengänge wohnortnah erledigt werden können und das dem Sicherheitsbedürfnis durch konkret vor Ort erlebbare Personen entsprochen wird.

Bildung, medizinische Versorgung, ÖPNV, Anschluss an Energie, Wasser und Breitband sowie die Entsorgung von Abwasser und Abfall sind **unabdingbare öffentliche Grundleistungen**, die für alle Menschen auch in abgelegenen Orten garantiert werden. Weil aber öffentliche Daseinsvorsorgeleistungen unter den Bedingungen minderausgelasteter Infrastrukturen nicht überall rentabel gebaut oder betrieben werden können, bedarf es eines stärkeren **innerstaatlichen Solidarausgleichs** zwischen den Zentren und strukturschwachen Regionen. Die Mindeststandards und die dafür notwendigen Finanzausgleichsinstrumente werden kontinuierlich weiterentwickelt.

Für uns ist demografischer Wandel nicht Katastrophe, die überstanden, sondern Chance, die gestaltet werden muss. Die Herausforderung – sowohl der prosperierenden als auch der „vergessenen“ Regionen - besteht darin, Konzepte zu finden, die auf das allgemein rückläufige Erwerbspersonen- und Qualifikationsniveaus antworten. Wir sehen den zentralen Hebel zur Gestaltung des demografischen Wandels in einer **kinder- und familienfreundlichen Politik** gepaart mit einer **modernen Gleichstellungspolitik**. Familienpolitisch sind dafür soziale Infrastrukturen wie Kita, Schule oder Hort intelligent mit neuen Lebenszeitarrangements und

flexiblen Arbeitszeitmodellen sowie einer bedarfsgerechten Transferpolitik etwa bei Kindergeld bis hin zur Verhinderung von Armutslagen zu kombinieren. Wer häufiger zu Hause und insgesamt deutliche kürzer arbeitet, der entschleunigt nicht nur sein privates Leben und ist zufriedener. Er schont außerdem die Umwelt und gewinnt Zeit für gesellschaftliches Engagement und Familie.

Darüber hinaus werden wir mit einem Klima der Weltoffenheit in Sachsen und einer **aktiven Einwanderungs- und Integrationspolitik** bis hinunter in jede Kommune dem demografischen Wandel begegnen. Nicht nur die soziale Infrastruktur und das Bildungssystem, auch Verwaltung und Wirtschaft sind auf Zuwanderung eingestellt und entwickeln regelmäßig maßgeschneiderte individuelle Einzellösungen für Migration aus der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft oder darüber hinaus. Allein die Anwerbung des IT-Spezialisten aus Indien oder des Arztes aus Syrien folgt zu stark einem national-egoistischen Nützlichkeitsgedanken. Uns geht es um ehrlichen Technologietransfer und das bewusste Teilen von Wissen, um gegenseitiges Verständnis für Lebensweisen und Weltsichten. Dafür braucht es legale gesetzliche Einwanderungswege, aber vor allem **neue Formen einer fairen globalen Zusammenarbeit** – auch über direkte kommunale Bildungs- und Handelspartnerschaften mit anderen Regionen in der Welt.

Die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen braucht gerade in ländlichen Räumen besonders **flexible und regional angepasste Lösungen von Daseinsvorsorgeleistungen**: Statt zu warten, bis mangelnde Bedarfsdeckung die Ferne attraktiv macht, sollen Regionen vorausschauend Impulse für Entwicklung setzen und künftige Bedarfe frühzeitig entwickeln – d.h. Spielplätze bauen, wo noch keine Kinder sind oder Busse halten lassen, obwohl erst mal niemand einsteigt. „Temporäre Überangebote“ sollen gestresste Städter und freiraumsuchende Familien wieder aufs Land locken.

Neue Formen einer solidarischen Selbstorganisation von Nahversorgung oder Mobilität, der nachbarschaftlichen Selbsthilfe und Gesellschafts- oder Vereinsstrukturen, die ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet sind, machen ländliche Regionen zu Laboren eines neuen sozialen Zusammenhalts. Dafür erhalten Kommunen in benachteiligten Regionen spezielle Förderungen durch das Land, beispielsweise durch über **Regionalbudgets.**

Modellprojekte, Wettbewerbe, Aktionsräume leuchten häufig nur wie Strohfeuer – hell aber kurz. Sie ermöglichen zwar einen Einstieg in Entwicklung, behindern jedoch wegen mangelnder Nachhaltigkeit gerade kulturelle und soziale Ideen, unterschätzen aber auch Zeiträume, die technische Innovationen für ihre Markteinführung benötigen. Gerade ländliche Regionen benötigen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Strukturschwäche für Projekte längere Unterstützungshorizonte. Wir wollen deshalb Förderziele verstetigen und längerfristige **Programme mit einer festen Grundfinanzierung** verknüpfen.

In Zeiten von Digitalisierung, Automatisierung und Anonymisierung wollen wir auch das **Recht auf persönlichen Kontakt** diskutieren und bei politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zwingend einbeziehen. Wenn die geforderte größere Flexibilität dazu führt, dass sich Familienstrukturen auflösen, immer mehr Menschen in höherem Alter, aber auch Alleinerziehende ihren Alltag überwiegend selbstständig bewältigen müssen, muss Gesellschaft einen Rahmen schaffen, der **soziale Interaktionen und ein Miteinander für alle Menschen** sicherstellt.

2.2. Einkommen und Einfluss - Unterschiede zwischen Ost und West überwinden

Die Unterschiede zwischen Ost und West wirken fort aufgrund einer verfehlten Wiedervereinigung, die politisch selbstherrlich wie ökonomisch kurzsichtig die ostdeutschen Wirtschaftskreisläufe zerstörte und damit fünf Bundesländer dauerhaft zur verlängerten Werkbank degradierte. Die Produktivitätsunterschiede lassen uns bis in die Gegenwart im Aufholen verharren, ohne jemals Einholen zu können. Dass „Transferzahlungen“ von West nach Ost inzwischen lautstark infrage gestellt werden, entwertet zum zweiten Mal ostdeutsche Biografien und vergiftet das politische Klima.

Die **Angleichung der Lebens-, insbesondere der Einkommensverhältnisse** zwischen Ost und West ist vordringlich. Die **Rentenangleichung Ost - West** ist längst überfällig. Wir akzeptieren keine getrennten Ost-West-Tarifgebiete. In den staatlichen Verwaltungen, Behörden und nachgeordneten Einrichtungen auf Landes- und Kommunalebene sind bundesweit **einheitliche Tarifabschlüsse** verbindlich auszuhandeln. Das setzt die Einsicht voraus, dass Länder und Kommunen finanziell entsprechend gut auszustatten sind.

Nicht Intelligenz und Fähigkeiten führten zur Dominanz westdeutscher Eliten im Osten, sondern alte Netzwerke und politische Verbindungen, die in der Folge immer wieder fortgeschrieben werden und so das strukturelles Machtgefälle dauerhaft zementieren. Dadurch fehlte ein überregionaler ostdeutscher Diskursraum, der Annäherung auf Augenhöhe ermöglicht hätte. Politik muss deshalb dort, wo sie direkt Einfluss ausübt - z.B. in (Landes-)Verwaltung, in Leitungen von Hochschulen oder Kultureinrichtungen oder an Gerichten, dafür Sorge tragen, dass zunehmend mehr Menschen mit ostdeutscher Biografie in einem angemessenen Verhältnis in allen Führungsebenen mitarbeiten. Die Erfahrung bei der Geschlechtergleichstellung lehrt: Ohne Quote funktioniert das auch bei der Ost-West-Parität in Führungsetagen nicht!

2.3. Soziale Infrastruktur - Hebel für Zusammenhalt

Wir wollen die sozialen Missstände in unserer Gesellschaft anpacken. Gegen Armut, insbesondere in Familien Alleinerziehender, Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite, Niedriglöhne werden wir den politischen Druck auf den Bund erhöhen. Aber auch die Bundesländer tragen Verantwortung und können mit landespolitischen Maßnahmen und Instrumenten eingreifen.

Eine bedarfsorientierte soziale Infrastruktur ist entscheidend für soziale Gerechtigkeit und für den Abbau regionaler Ungleichheiten. Kommunen im 21. Jahrhundert stehen vor vielfältigen Herausforderungen bei der Gestaltung der sozialen Infrastruktur. Ihnen werden zugleich immer neue Aufgaben von Bundes- und Landesebene zugewiesen, ohne dass ihre bereits engen finanziellen Handlungsspielräume wesentlich erweitert werden. Dennoch erwarten wir heute von moderner Sozialplanung, dass sie die soziale Lage und Entwicklungen in der Kommune bzw. im Sozialraum regelmäßig analysiert und Betroffene als Expert*innen in eigener Sache aber auch Organisationen der Sozialwirtschaft gleichberechtigt in die Erarbeitung der künftigen kommunalen Sozialstruktur einbezieht.

Ein solcher **integrativer und strategischer Ansatz in der Sozialplanung** darf nicht daran scheitern, dass festgestellte Bedarfe regelmäßig heruntergerechnet werden, um in den jeweiligen finanziellen Rahmen zu passen. Umgedreht wird es richtig: Sozialplanerisch ermittelte Bedarfe spiegeln wider, was Menschen wirklich für ein gutes Leben brauchen und wie in der Gesellschaft der innere Zusammenhalt organisiert werden kann. Eine solche soziale Bedarfsfeststellung als Grundlage der integrierten Sozialplanung in Kommunen, die Ergebnis eines breiten, partizipativen Prozesses ist, ist nicht verhandelbar.

Wenn es um die Definition von sozialen Grundstandards und daraus abgeleitet um Finanzierungsinstrumente geht, müssen für Regionen, in denen die Bevölkerungszahl auch perspektivisch sinkt, andere Faktoren als die Anzahl an Einwohner*innen oder reine Durchschnittswerte gelten. Unberücksichtigt bleibt bis heute beispielsweise die geringe Einwohnerdichte einzelner Landkreise oder kommunale Lasten aufgrund einer ungünstigen Wirtschafts- und Sozialstruktur. Wir schlagen hier die Einführung eines **finanzpolitischen Demografiefaktors** vor, um die öffentlichen Angebote auf die besondere lokale Situation auszurichten. Außerdem wollen verstärkt mit **pauschalierten Förderungen** arbeiten und diese um Gestaltungsspielräume für regionale Anpassungen erweitern.

Menschen werden heute älter und bleiben länger gesund dabei. Was für ein Glück für Gesellschaft! Älter werden muss nicht zwangsläufig mit Krankheit, Pflege und Verarmung einhergehen, wenn sich eine Gesellschaft anders entscheidet. Im Gegenteil, ältere Menschen können und sollen aktiv in der Gesellschaft tätig sein. Dazu muss Gesellschaft keine zusätzliche strukturellen Vorsorge leisten, wenn sie die Lebenslagen aller Menschen vom Kindes- bis Senior*nnenalter mit und ohne Beeinträchtigungen in sämtlichen Politikbereichen von vornherein zusammendenkt. Öffentliche Einrichtungen – staatliche wie private –, Ortsentwicklung sowie Daseinsvorsorge- und Infrastrukturleistungen – alles ist **konsequent generationenübergreifend** zu planen und zu bauen.

2.4. Inklusive Gesellschaft – Nichts über uns ohne uns!

Menschenrechte sind unteilbar. Konsequent gedacht, greift jede Treppe, jede fehlende Pädagogin, jedes Formblatt im Amtsdeutsch ein in das garantierte Recht des Einzelnen auf **gleichberechtige Teilhabe an**

Gesellschaft. Immer noch zu häufig erinnern Gerichte den Staat an seine Pflicht, Barrieren in Gesellschaft zügiger abzubauen, um dem Gleichheitsgedanken der Verfassung gerecht zu werden.

Unser Ziel ist eine **inklusive und solidarische Gesellschaft**, in der der Anspruch aller Menschen - unabhängig von individuellen Fähigkeiten oder Voraussetzungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder Alter - auf Durchsetzung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten realisiert ist. Deshalb wollen wir, dass jegliche Formen der mittelbaren und unmittelbaren Diskriminierung – in Gleichstellungsfragen wie bei baulichen oder strukturellen Barrieren sowie sonstigen Benachteiligungen - kontinuierlich beseitigt werden.

Wo der Gesetzgeber nur bedingt handlungsfähig ist, bauen wir Druck durch öffentliche Debatten auf. Das funktioniert nur, wenn Empathie und Gemeinsinn im Mittelpunkt politischen Handelns stehen, wenn auf Begegnung gesetzt wird, statt auf Ausgrenzung. Wir wollen überall **Selbstvertretung und Selbstbestimmung** im Sinne des Empowerments des Individuums ermöglichen. Von Stellvertreter*innenpolitik halten wir nichts und wollen diese durch Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben aller auf ein Minimum reduzieren. Wir nehmen die zentrale Forderung der internationalen Behindertenbewegung und die Kernbotschaft der UN-Behindertenrechtskonvention sehr wörtlich: **Nichts über uns ohne uns!“,** einfach weil Menschen mit Benachteiligungserfahrungen Expert*innen ihres Alltags sind und es schlicht besser wissen, als Menschen ohne diese Erfahrungen.

2.5. Gesundheitliche Versorgung – Solidarisch und bedarfsgerecht

Diagnose „Unterversorgung im ländlichen Raum“? Für die LINKE muss sich eine **bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung** ausschließlich am Schweregrad der Krankheit und/oder Behinderung eines Menschen orientieren und nicht von seinem Vermögen, Einkommen, Geschlecht, Familienstand, Wohnort und Beruf oder seiner sozialen Schicht oder Herkunft abhängen. Und Gesellschaft ist auch nicht gedient, den jahrzehntealten Streit um Definitionen und Berechnungsmodellen zwischen Staat und Kassen weiter zu ertragen, während Versorgungsschieflagen und territoriale Defizite zunehmen. Vielmehr muss die Herausforderung demografischer Wandel mit förderpolitischen, steuerlichen, aber auch den Möglichkeiten des technologischen Fortschritts wirkungsvoll verknüpft werden, um die teilweise gefährdete Versorgungssituation insbesondere in strukturschwachen, ländlichen Regionen umzukehren.

Dafür wollen wir ein **integriertes Gesundheitssystem** ausbauen, welches aus präventiver, ambulanter, stationärer und rehabilitativer Versorgung besteht. Der **öffentliche Gesundheitsdienst** als wichtiger präventiver Bereich ist auszubauen und zu stärken. Jenseits der Großstädte bieten medizinische Versorgungszentren in Kooperation mit Krankenhäusern multiprofessionelle Versorgungsangebote und stärken gleichzeitig die stationären Einrichtungen.

Auf Bundesebene setzen wir uns unbeirrt ein für eine **solidarische Finanzierung**, bei der alle Erwerbspersonen nur noch in eine Krankenkasse gemäß ihrem tatsächlichen Einkommen einzahlen. Der gern beschworene Wettbewerb durch Vielfalt von Kassen widerspricht humanistischen Grundwerten, weil Gesundheit als Menschenrecht Angebotsunterschiede generell ausschließt. Um den gesellschaftlichen Druck für bundesrechtliche Gesetzesänderungen zu erhöhen, wollen wir auf Landesebene Anreize setzen, dass sich mehr Menschen gesetzlich versichern.

Um auf kommunaler Ebene öffentliche Handlungsmacht zurückzuerlangen, wollen wir den Ausbau der **Versorgung aus öffentlicher Hand stärken und Privatisierungen rückgängig** machen. Im Bereich der Pflege wollen wir dem Aufwuchs privater Pflegedienstleister durch **gemeinnützige, genossenschaftliche und kommunale Eigentumsformen -und Einrichtungen**, beispielsweise in Form von Pflegegenossenschaften, begegnen. Zugleich wollen wir über den Hebel der Rekommunalisierung den Beschäftigten in der Gesundheitsversorgung attraktivere Rahmenbedingungen bieten. Letztlich müssen eine deutlich angehobene, wertschätzende Bezahlung der Pflegekräfte und verbesserte Betreuungsschlüssel den Fachkräftemangel in der Pflege eindämmen.

2.6. Technische Grundversorgung – Gestaltungsmacht des Öffentlichen zurückzugewinnen

Wir wollen, dass Unternehmen, die Grundversorgung sicherstellen, in staatlicher Verantwortung liegen, denn nur so kann die **öffentliche Hand handelnde Akteurin** sein und gestalten. Ergänzend wollen wir

gemeinschaftliche Trägerstrukturen wie Genossenschaften oder Vereine in Daseinsvorsorgebereichen stärken.

Angesichts einer alternden Bevölkerung und vielfach autofreien Lebensentwürfen jüngerer Menschen kann die **Qualität des öffentlichen Nahverkehrs** zu einem wesentlichen Kriterium bei der Entscheidung über Wohn- und Arbeitsort werden. Voraussetzung dafür ist ein flexibleres Verkehrssystem, das ein fixes Liniennetz von Bus und Bahn kombiniert mit Angeboten ohne Fahrplanvorgaben sowie für individuelle Routen. Diese Entwicklung ist dank der Digitalisierung möglich. Sie erlaubt es, Mobilität besser zu lenken, Fahrzeuge bedarfsgerechter einzusetzen und dadurch effektiver auszulasten.

In der Stadt bedeutet das einen eng getakteten öffentlichen Personennahverkehr, der künftig für die Nutzer*innen **kostenfrei** ist. Auch jenseits der Großstadt muss ein **barrierefreies Bahn-/Bus-System** gute Anbindungen an zentrale Orte bieten und insofern besonders für Berufspendler*innen, Schüler*innen, Rentner*innen attraktiv sein. Neue Wege bei Tarifen, Organisation, Trägerstrukturen und solidarischer (Umlage-)Finanzierung müssen ÖPNV-Angebote perspektivisch auch im ländlichen Raum entgeltlos funktionieren lassen.

Gerade hier sind die Angebote des ÖPNV konsequent an der Erreichbarkeit von öffentlichen Angeboten und Einrichtungen auszurichten, denn ganz besonders im ländlichen Raum entscheidet die Erreichbarkeit über Auslastungen. Ein Bushaltepunkt weniger kann daher bereits zum Aus für einen Jugendklub führen. Wir wollen deshalb **Mindestbedienstandards** für alle Gemeinden in Sachsen definieren, die beispielsweise in einem Zeitfenster von 6 bis 22 Uhr mindestens einen **Stundentakt** (Bahn, Bus) für Gemeinden ab 500 Einwohner*innen garantieren.

Um die Situation auf Sachsens Straßen zu entspannen und das Verkehrsaufkommen zu mindern, halten wir daran fest, dass Güterverkehr (insbesondere Schwerverkehr) auf die Schiene verlagert wird.

Die **Breitband-Versorgung** in Sachsen muss flächendeckend ausgebaut werden. Sie ist Voraussetzungen für Familien, um an Orten sesshaft zu werden, für Unternehmen, um zu bleiben oder sich anzusiedeln und für Tourismus, der in vielen Regionen Sachsen eine wichtige Einkommensquelle ist. Sie fördert darüber hinaus auch die Teilhabe aller, die weniger mobil sind, wenn z.B. politische Entscheidungsprozesse auch online zugänglich und transparent gemacht werden.

3. Bildung

4. Was erwarten wir von Arbeit und Wirtschaft?
Vorschlag: Leben um zu arbeiten oder arbeiten um zu leben?

<u>Zur Situation:</u>
Das Wirtschaftssystem Kapitalismus strebt unaufhörlich und zunehmend selbstzerstörerisch danach, das ökonomische Verwertungsprinzip konsequent zu verwirklichen.
Vom Gemeinwohl her zu denken, bei der Bewertung von Wirtschafts- und Arbeitsprozessen Prioritäten bei politischen, rechtlichen, familiären, gesundheitlichen und ökologischen Rechten einer Jeden und eines Jeden zu setzen und nicht ausschließlich Kostenersparnis und Profitmaximierung im Blick zu haben, gilt den Apologeten der freien Marktwirtschaft als Naivität. Wir bestreiten das.
(Privater) Reichtum wird mit immer weniger (menschlicher) Arbeit erzeugt. Gleichzeitig nehmen soziale Ungleichheit, Stress, Angst, psychische Erkrankungen zu, fehlt Zeit für Privatleben und Kultur.
Löhne und Gehälter reichen oft nicht zum guten Leben. Im Jahr 2016 verdiente die Hälfte aller Vollzeitbeschäftigten in Sachsen weniger als 2.400 € brutto pro Monat - der drittletzte Platz im Vergleich aller deutschen Bundesländer. Befristete und Leiharbeitsverträge sind in Sachsen üblich. Die Armutsgefährdungsquote in Sachsen liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das Unsicherheitsgefühl der Menschen in ihrer Lebensplanung frustriert im Alltag.
Die Kategorisierung in arbeitende, arbeitswillige und arbeitsunwillige Menschen bringt bedrohliche Vorurteile mit sich, denn sie bewertet die Menschen nach ihrem wirtschaftlichen Wert und lässt die

eigentlichen Gründe für die Arbeitslosigkeit außen vor. Langzeitarbeitslosen droht eine gesellschaftliche Stigmatisierung und Altersarmut.
Die unbezahlte Arbeit in Familie, Pflege, Ehrenamt nimmt weiter zu – nicht zuletzt, weil sich der Staat seinen Gemeinwohlverpflichtungen weiter entzieht.

Erwerbsarbeit verändert sich: Unsere Gesellschaft ist dadurch geprägt, dass Erwerbsarbeit für die meisten Menschen immer noch den wichtigsten Zugang zur Finanzierung ihres Alltags darstellt und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dient. Damit müssen die Akteur*innen in Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Tarif- und Sozialpolitik alles dafür tun, um möglichst vielen Menschen Erwerbsarbeit zu ermöglichen.
Je mehr die Gesellschaft technisch voranschreitet, die Digitalisierung alle Lebensbereiche durchdringt, die Arbeitsproduktivität steigt, trotz oder gerade wegen wegfallender von Menschen besetzter Arbeitsplätze Wachstum möglich ist, desto wesentlicher wird die Frage, ob es richtig ist, den Arbeitsbegriff auf Erwerbsarbeit zu verengen und eine ganze Gesellschaft darauf auszurichten. Eine neue Generation mit neuen Erwartungen wächst heran, deren Anspruch es ist, Familie, Hausarbeit, häusliche Pflege, zivilgesellschaftliches Engagement, lebenslanges Lernen und Bildung nicht nur unter einen Hut zu bringen, sondern dem traditionellen Erwerbsarbeitsideal ihrer Eltern ein eigenes modernes Lebensweltmodell gleichberechtigt gegenüber zu stellen. Das wird die Arbeitskämpfe der Zukunft verändern, darauf müssen soziale Akteur*innen in der Gesellschaft antworten.

Sachsen ist ein Land der Gegensätze: Die Ballungszentren Leipzig, Dresden und Chemnitz, deren Wirtschaftskraft wächst und die ebenso eine wachsende Bevölkerung verzeichnen, stehen als scheinbare Gewinner*innen auf der einen Seite. Die ländlichen, zumeist strukturschwachen, mit geringer Wirtschaftskraft ausgestatteten Räume, die einer zunehmenden Binnenwanderung hin zu den Städten ausgeliefert sind, stehen auf der „Verlierer-Seite“. Verantwortlich für die ungleiche Entwicklung ist die seit Biedenkopf propagierte „Leuchtturmpolitik", die vornehmlich Unternehmen mit globaler Ausrichtung in Ballungsräumen förderte, Kleinst- und Mittelbetriebe aber vernachlässigte.

Sachsens Unternehmensstruktur und Lohnpolitik: Die Unternehmen in Sachsen sind in ihrer übergroßen Mehrheit klein. Von den ca. 180 Tausend Unternehmen in Sachsen haben ca. 160 Tausend weniger als 10 Mitarbeiter*innen und fast Dreiviertel der Unternehmen sind in der Dienstleistungsbranche angesiedelt. Die Unternehmen haben häufig eine geringe Kapitalausstattung und niedrige Gewinnmargen. Eine Folge sind Löhne und Gehälter der dort Beschäftigten, teilweise sogar der Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch vieler Soloselbständiger und Freiberufler*innen, die nicht wirklich für ein gutes Leben reichen.
Nach der De-Industrialisierung und dem Wegfall von regional bis zu 90 % der Industriearbeitsplätze in den 90er Jahren herrscht heute wieder eine große Unsicherheit über die Zukunft der verbliebenen Industrie. Dies betrifft nicht nur den Bergbau, sondern vor allem durch den bevorstehenden Strukturwandel im Zuge der E-Mobilität die Autoindustrie sowie die metallverarbeitende Industrie.
Die sozialstaatliche Intervention in Form von Lohn- und Wohnkostenzuschüssen ist aus Sicht der Betroffenen dringend erforderlich. Gleichzeitig verfestigt sich so eine ungesunde gesellschaftliche Lastenverteilung, indem betriebliche Kosten und Wettbewerbsrisiken ausgelagert werden, Gewinne aber privatisiert bleiben. Die öffentliche Hand, selbst in finanzieller Not gefangen, stützt diese Entwicklung durch eine Auftragsvergabe, die soziale und ökologische Kriterien missachtet, damit den Lohndruck erhöht und sich selbst höherer Steuereinnahmen beraubt.
Zusätzlich nimmt die Tarifbindung im Osten rapide ab, mehr als die Hälfte aller Beschäftigten arbeiten mittlerweile in Unternehmen ohne gültigen Tarifvertrag.

Beispielhafte Fehlentwicklungen in Sachsen: Arbeitsplätze im kulturellen, sozialen oder zivilgesellschaftlichen Bereichen sind oft abhängig von Fördermitteln, Fallpauschalen oder Pflegesätzen, deren Höhe keine tarifliche Entwicklung nachzeichnet, so dass ein Großteil der Beschäftigten in diesen Bereichen mittlerweile nur noch 60 - 70 % vergleichbarer Tariflöhne erhalten. Sächsische Künstler*innen beispielsweise, die nicht in den großen Staatsbetrieben bzw. in den sogenannten großen Häusern beschäftigt sind, arbeiten größtenteils in prekären Verhältnissen. Das Durchschnittseinkommen von Frauen, die in der Künstlersozialkasse versichert sind, beträgt unter 1000€.

Sachsen ist einer der zentralen Logistikstandorte in Europa, dennoch wurde jenseits der Autobahnen viel zu wenig in das Streckennetz der Bahn investiert, so dass der internationale Güterverkehr fast vollständig von der Schiene verschwunden ist.
Der Wissenschaftsstandort Sachsen als einer der wichtigsten und bedeutendsten Standortfaktoren mit einer pluralistischen Universität- und Hochschullandschaft wurde und wird durch den Freistaat beschränkt - sowohl durch die Mittelzuweisung, als auch durch die Konzentration einzelner Wissenschaftszweige auf ausgewählte Hochschulen.
Entgegen dem Rückgang der Investitionen in der Industrie steigen die Investitionen in die Forschung. Diese haben sich in den letzten 13 Jahren um mehr als 13 % erhöht. Das veränderte auch das Bild der Forschungslandschaft in Sachsen. Trotz dieses positiven Effektes können besonders Klein- und Mittelständler keinen Vorteil daraus ziehen. Sie können sich auch keine eigene Forschungsabteilung leisten. Entsprechend gering ist deren Anteil an Patentanmeldungen. Die Forschungsergebnisse kommen damit ausschließlich größeren, teilweise international tätigen Unternehmen, beispielsweise in der Automobilindustrie, zugute.
Die Förderkulisse in Sachsen ähnelt einem Labyrinth, das mit einer Vielzahl an Anträgen beginnt und mit Verwendungsnachweisen noch nicht endet. Bereits an dieser Stelle scheitern viele kleine und mittelständige Unternehmen am dafür fehlenden Personal und der fehlenden Zeit.
Viele innovative Kleinstunternehmungen scheitern zusätzlich an der notwendigen Eigeninvestitionssumme oder an der Sächsischen Aufbaubank bei der Bewilligung von Mikrodarlehen. Seit über 10 Jahren gibt es nicht nur einen steten Abwärtstrend in der Gründung von Unternehmungen, sondern mittlerweile hat die Schließung von Betrieben die Zahl der Gründungen überschritten.

Gesamtkonzepte für Transformation der Wirtschaft und regionalen Strukturwandel fehlen:
Automobilindustrie, Landwirtschaft und Energieunternehmen in Sachsen stehen zentral in der Kritik, keine enkeltauglichen Strategien zu verfolgen. Einige Regionen wie die Lausitz ringen besonders hart mit Strukturwandelprozessen, weil die fossile Energiewirtschaft als ein wichtiger industrieller Kern über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinaus auch das kulturelle Selbstverständnis vieler Menschen prägte. Was fehlt, ist ein Konzept für die Transformation der Wirtschaft unter Berücksichtigung von Klimawandel, Nachhaltigkeit, Digitalisierung aber auch regionaler Identität und alternativer Formen des Wirtschaftens.
Ein weiteres Problem, insbesondere in den ländlichen Regionen, ist die Unternehmensnachfolge vieler Klein- und Mittelständler durch Abwanderung von Fachkräften nach Westdeutschland oder in die Großstädte. Dadurch verlieren ländliche Regionen zusätzlich wirtschaftliches Potenzial.

Unsere Vision:
Wir stellen uns der sozialen-ökologischen Frage in Zeiten einer digitalisierten und globalisierten Welt. Die Erwerbsarbeit ist gerechter verteilt, die Arbeitszeit ist reduziert, so dass gesellschaftliche Aktivitäten und Selbstverwirklichung der Menschen gefördert werden und alle besser leben können, ohne zusätzliche staatliche Zuwendungen in Anspruch nehmen zu müssen. Vor allem Arbeit in sozialen und kulturellen Bereichen von Gesellschaft wird wertgeschätzt und gut bezahlt. Die Löhne und Gehälter zwischen Ost und West, Frau und Mann sind angeglichen und folgen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung.
Uns geht es damit um nichts weniger als die Etablierung eines neuen Projekts gesellschaftlichen Fortschritts, an dem sich offensiv Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Parteien, Gewerkschaften als unsere Sozialpartner*innen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen beteiligen und gemeinsam nach Lösungen suchen, wie Arbeit fair verteilt und gerecht entlohnt wird, wobei vor allem die unteren Einkommen angehoben werden, egal ob selbständig oder abhängig beschäftigt.
Dabei hat Sachsen auch erfolgreich neue Technologien in der Energiegewinnung und innovativen Logistikprojekten erprobt und verknüpft. Diese werden nun flächendeckend angewendet. Ein ganzer Technologiezweig beschäftigt sich mit der Gewinnung und Speicherung von kohlenstofffreien Energieträgern. Zugleich werden regionale Wirtschaftsstrukturen mit modernen und sauberen Transportlösungen so miteinander verknüpft, dass nicht nur Kosten, sondern auch Energie und Rohstoffe gespart werden. Viele neue Arbeitsplätze sind durch diese Verknüpfung entstanden, die zugleich lange und umständliche Transportwege vermeiden und die Mobilität von allen erhöht. Autobahnen und Innenstädte sind vom Schwerverkehr befreit und bieten so den nötigen Raum und die Sicherheit für eine emissionsarme Entwicklung unserer Gesellschaft.
Medizinische Versorgung, Bildung, Freizeit und Kultur, Jugendhilfe, gute Rahmenbedingungen für ein Altern in Würde, Sicherheit für die Menschen, Dienstleistungen in der Verwaltung für hier lebende

Menschen usw. dürfen nicht der Logik des Profites unterworfen sein. Die im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge notwendig zu verrichtende Arbeit ist staatlich zu erbringen. Die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind an gesellschaftlichen Bedarfen ausgerichtet und zukunftsorientiert geplant. Die Finanzierung der Leistungen für alle durch alle ist gesichert über ein gerechtes Steuersystem, das große Unternehmen und Reiche stärker heranzieht und den Großteil der unteren und mittleren Einkommensgruppen entlastet.
Fördermittelpolitik ist nicht mehr kurzfristig angelegt, sondern entspricht in Dauer und Fokus den regionalen Besonderheiten und Erfordernissen. Bei der Wirtschaftsförderung geht es um die Schaffung sich selbst tragender, nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe. Dabei spielen Klein- und mittelständische Unternehmen als eine tragende wirtschaftliche Säule im Freistaat aufgrund ihrer territorialen Verankerung gerade für die Wiederbelebung ländlicher Regionen eine wichtige Rolle.
Sachsen wird Vorreiter in Sachen Arbeitszeitverkürzung und Entlohnung der Arbeit und wagt neue Wege und Modelle. Wie in Schweden wird hier der 6-Stunden-Tag bei vollem Lohn getestet. Neben der Qualität steigt damit auch die Produktivität. Die deutschen Gewerkschaften erkämpfen die 28-Stunden Woche zum Beispiel in der Elektro- und Metallindustrie. Denn erwiesen ist: verkürzte Arbeitszeiten stärken das kollektive Bewusstsein und Motivation, sie heben die Konzentration und Leistungsfähigkeit und verringern krankheitsbedingte Ausfälle von Arbeitnehmer*innen.
Bundesweit ist eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Arbeitslose eingeführt. Der Mindestlohn ist soweit erhöht worden, dass er eine würdevolle Rente garantiert.
Unsere ersten Schritte:
Unternehmer*innen versus Beschäftigte oder es geht auch zusammen?:
Unternehmen, die in dieser neuen und digitalisierten Welt bestehen wollen, brauchen vor allem eines: qualifizierte und selbständige Mitarbeiter. Damit in Sachsen die Reise in die Zukunft gelingt, braucht es mehr kollektive Mitbestimmung und mehr individuelle Beteiligungsrechte von Arbeitnehmer*innen, denn sie sind die Expert*innen im Betrieb. In diesem Prozess verstehen wir die Gewerkschaften als Partnerin an unserer Seite.
Um berufstätigen Erwachsenen mit ihrer knappen Zeit die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Bildungsfreistellung (Bildungsurlaub) zu ermöglichen, fordern wir einen Rechtsanspruch in Sachsen auf bezahlte Freistellung von der Arbeit zur Teilnahme an anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen. Arbeitnehmer*innen sollen dafür 5 Tage pro Kalenderjahr zur Verfügung stehen, um so die in Europa anerkannte und in fast allen anderen Bundesländern umgesetzte Idee des „Lebenslangen Lernens“ für eigene, nicht berufsbedingte Fortbildung (incl. sozialer, kultureller und politischer Bildung) zu gewährleisten.
Wir wollen mit einem neuen Vergabegesetz darauf hinwirken, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die sicher stellen, dass sie selbst und alle Nachunternehmer zusätzlich zu den allgemeinen Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsschutzauflagen auch die entsprechenden Flächen- und Branchentarifverträge anwenden und einhalten. Wir setzen zudem auf vermehrte Kontrollen der Einhaltung des Arbeitsschutzes und vertraglicher Vereinbarungen. *Dazu erhöhen wir die Planstellenanzahl der entsprechenden Behörde deutlich*.
Umgekehrt nehmen wir die öffentliche Hand stärker in ihre Pflicht, Unternehmen pünktlich zu bezahlen, damit diese nicht in finanzielle Schieflagen geraten.
Die LINKE. Thüringen hat die Chance als Regierungspartei genutzt und unter dem LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ein Modellprojekt zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) beschlossen. Das BGE könnte auch in Sachsen einen sicheren Schutz vor Armut bieten, da es jedem Menschen voraussetzungsfrei zusteht. Ein konkretes Modellprojekt in Sachsen könnte in der Lausitz zeitnah entstehen, um den dringenden Strukturwandel sozial-ökologisch zu gestalten und Freiräume schaffen, die neue Arbeitsmodelle ermöglichen.

<u>Infrastruktur</u>:
Der Erhalt und die Entwicklung technischer, sozialer und kultureller Infrastruktur sind unerlässliche Voraussetzung für die Lebensqualität und gleichzeitig eine effektive (die effektivste?)Form der Förderung kleiner Unternehmen vor Ort.
Sachsens Wirtschaft besteht nicht nur aus global agierenden Unternehmen mit Sitz in einer der Städte, sondern sie lebt vor allem vom Netz kleiner und mittlerer Betriebe in ländlichen Regionen. Darauf abgestimmt bedarf es eines Verkehrssystems, das es jedem Unternehmen in Sachsen unabhängig von seiner Größe möglich macht, Produkte effizient, emissionsarm und nachhaltig zu transportieren. Logistikkonzepte sind auf eine gebündelte Güterabfertigung nachhaltig auszurichten.

Ebenso haben sich die Anforderungen an die Mobilität der Arbeitnehmer*innen geändert. Um den Bedürfnissen der Vielzahl von Pendlerinnen und Pendlern gerecht zu werden, wird der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und auch der Schienenfernverkehr so ausgebaut, dass dieser eine tatsächliche, schnelle und kostengünstige Alternative zum Individualverkehr in allen Kommunen darstellt. Gleichzeitig müssen Tarife und Fahrpläne vereinheitlich werden. Kommunen müssen bei ihrer Verantwortung für den ÖPNV stärker unterstützt werden, indem der Freistaat eine auskömmliche Finanzierung als seine Pflichtaufgabe annimmt und so dichte Takte und emissionsarme Fahrzeuge überall wo Menschen wohnen und arbeiten verkehren. Wir fordern eine kostenfreie Beförderung von allen Menschen in der Schule, im Freiwilligendienst, in Ausbildung oder im Studium..
Zu einer gut funktionierenden technischen Infrastruktur gehört ebenfalls ein flächendeckendes schnelles Internet sowie moderne Datenfunktechnologie, deren Ausstattung den Anforderungen des sich stets verändernden technischen Fortschritts laufend angepasst wird. Das technische Infrastrukturnetz gehört als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in die Hand des Staates. Wir schlagen daher die Bildung einer landeseigenen Eigentümer- und Betreibergesellschaft für das Breitbandnetz vor.

Industrie:
Lange Zeit bedeutete Industriepolitik in Sachsen die Konzentration auf Investitionen in sogenannte wirtschaftliche Leuchttürme. Dadurch wurde nicht nur der Klein- und Mittelstand vernachlässigt. Global Player sind eben auch den Risiken des globalen Marktes ausgesetzt. Wir erinnern an die Insolvenz von Qimonda im Jahr 2009, bei der 3000 Mitarbeiter*innen ihren Job verloren. Dieses Risiko tragen auch die kleinen Unternehmen, die häufig als Zulieferbetriebe dienen und dadurch in Schwierigkeiten geraten können. Darüber hinaus sind es besonders die Klein- und Mittelständischen Unternehmen, die durch wirtschaftliche Strukturwandelprozesse gefährdet sind. Um diese Effekte aufzuhalten, starten wir für diese Betriebe ein Programm, mit dem über einen kurzfristigen Zeitraum des Umbruchs und der Neuorientierung die Liquidität dieser Firmen sichergestellt wird.

Forschung:
Generell sollen Forschung und Mittelstand enger zusammenarbeiten und gemeinsame Projekte generieren. Wir wollen dazu einen Teil der Fördermittel für die in Sachsen ansässigen Forschungsinstitute an die Forschung für den Klein- und Mittelstand binden, indem beispielsweise eine Gründungsförderung mit Risikokapital und einer Brückenfinanzierung zur Erreichung der Marktreife für ein konkretes Produkt verknüpft wird. Durch diesen Forschungstransfer kann die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelstandsunternehmen gestärkt werden. Dazu wird in Sachsen ein breites Netz an Kompetenzzentren etabliert. Flankiert wird diese Maßnahme mit einer Auflage, Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, auch öffentlich zugänglich zu machen (open science), damit die Allgemeinheit davon profitiert.

Förderpolitik:
Wir wollen, dass die Anzahl der Förderprogramme deutlich reduziert wird und diese zukünftig verständlich formuliert werden. Insbesondere die berufsständischen Kammern in Sachsen nehmen wir dabei in die Verantwortung: Aus einer Pflichtmitgliedschaft müssen deutlich mehr Rechte und Möglichkeiten als bisher entstehen.
Die sächsische Gründungsförderung wird erweitert um die Unterstützung forschungs- und wissensbasierter Produkte und Dienstleistungen. Start-up-Unternehmen aus Praxis und Wissenschaft werden stille Beteiligungen des Freistaates und öffentliches Risikokapital zur Verfügung gestellt. Über Regionalfonds werden Netzwerke und Einzelakteure kreativer Milieus unterstützt, beispielsweise über die Bereitstellung von Freiräumen oder ungenutzter öffentlicher Flächen.
Unternehmen wird in der Gründungsphase Kapital, etwa in Form eines Venture-Capital, bereitgestellt. Wir wollen uns der Sicherung von Unternehmensnachfolgen annehmen und besonders bei jungen Menschen Lust auf eine Übernahme von Betrieben entwickeln. Ein Instrument könnte die Meistergründungsprämie in Höhe von 7.000 bis 15.000 Euro sein, die bereits in vielen anderen Bundesländern funktioniert und gut angenommen wird.
Ein weiterer Schritt wäre die Einführung einer Arbeitsplatzförderung nach dem Beispiel Berlin, die an die Meistergründungsprämie gekoppelt ist. Diesen Zuschuss können nicht nur Jungunternehmer*innen beantragen, sondern zum Beispiel auch Handwerker*innen, die einen bestehenden Betrieb übernehmen oder sich an einem bestehenden Betrieb beteiligen wollen.

Mit einer besonderen Förderung sollen dauerhaft gemeinwohlorientierte Arbeitsplätze im Tierschutz, in Landschafts- und Kulturpflege, in Denkmalschutz, Breitensport, Gesundheit und im Bereich der Sozialen Dienste geschaffen werden.
Ein weiteres Instrument, mit dem insbesondere auf knapper werdende Fördermittel reagiert werden kann, sind revolvierende Fonds. Der Vorteil eines solchen Fonds besteht darin, dass dessen Kapitalstock ständig aufgefüllt wird durch zurückfließende Darlehensraten der mit diesem Geld finanzierten Projekte und somit weit mehr Antragsteller berücksichtigt werden können. Von reinen Investitionszuschüssen an größere Unternehmen wird dagegen künftig abgesehen. Diese werden in Darlehen umgewandelt, um so auch nachhaltiges unternehmerisches Handeln zu motivieren.
Auf Landesebene schaffen wir ein Instrumentarium, mit dem Betriebsteile nationaler und internationaler Konzerne in Sachsen in Fällen einer Insolvenz trotz guter Auftragslage von den Mitarbeitern übernommen und als Genossenschaften fortgeführt werden können. Wo dies nicht möglich ist, verpflichten wir die entsprechenden Unternehmen, die sozialen Folgekosten der Schließung zu tragen, damit Beschäftigten und Regionen eine Perspektive geboten werden kann. Unternehmen, die durch die Insolvenz Dritter in Zahlungsschwierigkeiten geraten, können zur Vermeidung des Domino-Effektes eine angemessene Förderung und Unterstützung erhalten.

Soziale Absicherung für Selbständige:
Selbstständige werden gleichberechtigt in alle sozialen Sicherungssysteme aufgenommen. Unser Ansatz dabei ist, die Lebensrisiken der Selbstständigen und insbesondere der Solo-Selbstständigen dadurch zu mindern. Die Beiträge werden nach realistischem Einkommen und nicht nach fiktiven Mindestbemessungsgrundlagen berechnet.

5. Generationensolidarität

6. Demokratisierung der Demokratie / Politik und Verwaltung

Die Situation:

1. der Zustand der Demokratie in Sachsen ist bedenklich: In der Sächsischen Union, die dieses Land seit 30 Jahren prägt herrscht zum Thema Demokratie eine wesentliche Ansicht vor: Demokratie, das wurde 1989/90 hergestellt und damit ist der Fall auch erledigt. Dass Demokratie ein Prozess ist, dass Spielregeln immer wieder neu Ausgehandelt werden müssen, dass auch Vertrauen immer wieder neu erarbeitet werden muss – ist dabei in Sachsen kaum zum Tragen gekommen.

In den letzten drei Jahrzehnten hat man in Sachsen den Menschen wenig zugetraut, ihnen in manchen Angelegenheiten sogar misstraut. Seitens der Landesregierung, aber auch vieler kommunaler Verwaltungen gibt es die Haltung, dass die meisten Entscheidungen am besten ohne einen Dialog mit der Einwohnerschaft und der Gesellschaft getroffen werden sollten. Daraus hat sich mancherorts und auch auf Landesebene ein Alleinvertretungsanspruch der CDU herausgebildet, der zum Teil monarchische Züge angenommen hat. Der erste sächsische Ministerpräsident nach 1990 war gar unter dem Namen König Kurt im Freistaat bekannt. Ein Selbstbild, dem viele Menschen hierzulande lange vertraut haben.

Als Zäsur kann jedoch die Bundestagswahl im Herbst 2017 gelten, die aufgezeigt hat, dass eine Unionsherrschaft in Sachsen kein Naturgesetz ist. Das hat zu schwerwiegenden Verwerfungen innerhalb der Sächsischen CDU geführt und jetzt wird versucht, das in der Bevölkerung verspielte Vertrauen mit großzügigen Gesten und Wahlgeschenken zurückzugewinnen. Dabei ist die Ideen- und Ratlosigkeit auf der Regierungs- und der Koalitionsbank augenfällig. Das zeigt sich auch darin, dass der gegenwärtige Ministerpräsident bei seinen Dialogveranstaltungen, auch teils unterschiedliche Positionen, je nach Publikum vorträgt.

Die Bilanz von 30 Jahren CDU heißt auch, es gibt ein tief gespaltene Gesellschaft. Es gibt eine starke politisch rechte Kraft, die gesellschaftliche Errungenschaften in Frage stellt. Und einige Bürgerinnen und Bürger empfinden dies als geeignetes Mittel, den vermeintlich etablierten Parteien einen „Denkzettel“ zu verpassen. Dabei radikalisiert sich dieses Land - Rassismus, Ausgrenzung und Chauvinismus können wieder offen in Debatten einfließen – nicht nur am rechten Rand und in der politischen Mitte.

Der Umgang in Diskussionen, sei es in Foren, sei es am Informationsstand, oder in den sozialen Medien – ist rauer geworden. Offene Anfeindungen, Handgreiflichkeiten und Gewaltandrohungen, sind mittlerweile permanenter Begleiter, für politisch Engagierte in Sachsen. Das zeugt von Zweierlei. Die Menschen glauben nicht daran, dass sie mit dem Vortragen von Argumenten Gehör finden. Und tatsächlich, gilt auch im Sächsischen Landtag – es gibt politisch starre Mehrheiten und Anträge der Opposition werden nicht angenommen, egal zu welchem Thema. Eine Auseinandersetzung mit Argumenten wird zumeist verweigert. Und wenn sich außerhalb des Parlaments Protest gegen Mehrheitsbeschlüsse der Koalition regt, dann ist der Sachverhalt für die Sächsische Regierungsebene schnell klar: Es handelt sich entweder um „Querulantentum“ oder die kritische Selbsteinschätzung, man habe möglicherweise die Beschlüsse nicht ausreichend erklärt, beziehungsweise die „Wohltat“ wurde in der Bevölkerung nicht verstanden. Dass die Protestierenden Recht haben könnten, kommt in dieser Logik von „Koalitions- und Regierungsdenke“ nicht vor.

Ämter werden nach Parteibuch vergeben - vom Rundfunkrat bis zum Statistischen Landesamt. Kompetenz wird zweitrangig, fachliche Entscheidungen ordnen sich politischen Erwägungen unter. Politik beraubt sich damit seiner eigenen Glaubwürdigkeit, ist nicht lebendig, nicht in sich produktiv. Selbst die neue Generation an Politiker*innen vermag es kaum, diese Hürden zu überspringen.

Sachsen ist gelähmt. Die Innovation, der Gestaltungswille und die Ideen der Menschen kommen schlecht zum Tragen. Neben dem Regierungsmehltau, der sich über das Land legt, wird gesellschaftlicher Diskurs argwöhnisch betrachtet, ja sogar als problematisch angesehen. Dabei wäre es so ein Gewinn, die Menschen mit ihren Vorstellungen von Gesellschaft nicht nur zu hören, sondern sie auch aktiv an Prozessen teilhaben zu lassen.

2. Fehlende Würdigung demokratischer Instrumente: Schon jetzt gibt es in Sachsen formal verschiedene Beteiligungsinstrumente. Sie sind allerdings meist so angelegt, dass sie in der Praxis ihre Wirkung nur schwer entfalten können. So hat der erste Sächsische Landtag nach der Wiedervereinigung bei der Erstellung seiner Verfassung direkte Demokratie, also die Möglichkeit von Volksentscheiden, explizit festgeschrieben. Demnach sind Landtag und „Staatsvolk“ gleichberechtigte Gesetzgeber. Aufgrund der sehr hohen Hürden hat in Sachsen in 28 Jahren allerdings erst ein erfolgreicher Volksentscheid stattgefunden. Die Behandlung von Fragen einfacher Willensbildung mittels normaler Anträge statt juristisch einwandfreier Gesetzentwürfe ist in Sachsen gar nicht möglich. Ähnlich verhält es sich auch auf kommunaler Ebene, wo mit einem 10-Prozent-Quorum eine lebendige Beteiligungskultur kaum möglich ist. Für den Verein Mehr Demokratie e.V., der in einem Länderranking die Bürgerfreundlichkeit der direkten Demokratie in Deutschland bewertet, belegte Sachsen im Jahr 2016 nur den Platz 9 (2003: Platz 3), kam auf Landesebene auf eine Schulnote 4 und auf Kommunalebene auf eine Schulnote 3.

Ebenso wenig entwickelt ist auch das Beteiligungssystem von Beiräten, Arbeitsgruppen oder diversen Vertretungen (z.B. Schülerparlamenten). Viele Menschen bringen sich ehrenamtlich mit ihren Ideen und Visionen in die Entwicklung der Kommunen oder des Landes ein und engagieren sich viele hundert Stunden, um diese Gesellschaft lebens- und liebenswerter zu gestalten und treffen doch immer wieder auf Schranken und Barrieren. Bürgerdialoge, Einwohnerversammlungen und Diskussionsforen, um über die zukünftige Gestaltung des Zusammenlebens zu debattieren, finden auf den verschiedenen Ebenen nicht statt. Vielmehr haben sie den Charakter von Verkündungsveranstaltungen, die nur dazu da sind, die Verwaltungs- oder Regierungsmeinung mitzuteilen und bestenfalls noch einmal zu erklären. Offene Prozesse von Willensbildung und Raum für Kreativität und Meinungsstreit sind damit von vorn herein ausgeschlossen. All dies hat unter dem Strich der Demokratie in Sachsen einen riesigen Schaden zugefügt. Viele Menschen glauben nicht mehr daran, dass ihre Meinung gefragt ist. Sie fühlen sich degradiert zu bloßem „Stimmvieh“ für Wahlen. Das führt vielfach zu Frustration und zu Zweifeln am Funktionieren der Demokratie.

Menschen finden sich dennoch immer wieder in Vereinen und Initiativen zusammen und versuchen sich mit ihren Ansichten und ihrem politischen Ansatz in die Gesellschaft einzubringen. Ein Teil dieser Vereinigungen, versucht da einzugreifen, wo der Staat versagt, andere wollen politische Ideen zu Gehör bringen und wieder andere wollen diese Gesellschaft grundlegend reformieren. Ihnen allen gilt des entschiedene Misstrauen von Sächsischer Politik, Behörden und Verwaltungen. Mittlerweile ist das Wort

von der „Sächsischen Demokratie“ weithin bekannt, denn es fasst ironisch die bis hier hin beschriebene Situation zusammen.

3. Starre Verwaltungsstrukturen mit Teils royalen Selbstverständnis: In Sachsen schwindet das Vertrauen in Politik. Die Kluft zwischen Verwaltung und Politik sowie den hier lebenden Menschen scheint immer größer zu werden. Es wird mehr und mehr hinterfragt, warum und wie bestimmte Entscheidungen getroffen oder auch nicht getroffen werden, es wird kritisiert, dass politische Entscheidungsprozesse viel zu lange dauern, dass Politiker*innen wenig von den Problemen der Menschen wissen, von oben herab agieren und erst dann entscheiden, wenn es eigentlich schon viel zu spät ist. Sie sind enttäuscht von Politik, die soziale Errungenschaften leichtfertig schleift, als zu verteidigen und weiter zu entwickeln. Besonders im Osten Deutschlands erleben sie das gepriesene Gesellschaftssystem zunehmend als kalt, ungerecht und unsozial. Die Idee einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus wurde allerdings nach 1990 so gründlich diskreditiert, dass es ihr an Glaubwürdigkeit fehlt. Deshalb gerät Protest in der Gegenwart schnell zu einer wütenden, rückwärtsgewandten Sehnsucht nach einer vermeintlich besseren Vergangenheit und nach Sicherheit durch Abschottung.

In einem modernen, offenen und zu tiefst demokratischen Staatswesen, verstehen sich Behörden und Institutionen selbst als Dienstleister – nah am Menschen und immer darum bemüht, Verwaltungsakte zu vereinfachen und so verständlich wie möglich zu machen.

Firmengründungen, in Ausschreibungsverfahren, im Baurecht oder in Versicherungsfragen. Trotz vollmundiger Entbürokratisierungsversprechen entarten Anträge und Bescheide zu staatlichen Förderprogrammen oder sozialen Sicherungssystemen zu abschreckenden Papiermonstern. Dabei handelt es sich gerade bei Sozialleistungen nicht um Almosen, die in einem fürsorgenden staatlichen Gnadenakt vergeben werden, sondern um Leistungen, auf die ein Rechtsanspruch, ja, ein Grundrecht besteht!

Besonders problematisch für Betroffene: Hartz-IV-Bescheide können mittlerweile einen Umfang von bis zu 200 Seiten annehmen. Das überblickt kein Betroffener. Damit gehen aber insgesamt Transparenz und Kontrolle von Verwaltungsentscheidungen verloren.
Die Kreisgebietsreform sowie die Zusammenlegung von Gemeinden haben in Sachsen eine bürgerferne Verwaltungsstruktur geschaffen, deren riesige Flächenausdehnungen Identifikation verhindert und damit Beteiligung erschwert. Verwaltungsstrukturen sind trotz aller Bemühungen der Mitarbeiter*innen in den Verwaltungen schwer zu durchschauen, zu wenig zwischen den Ebenen verzahnt.

Beteiligung gerät zur Scheinpartizipation, wenn bereits der Zugang zur Verwaltung durch Zentralisation eingeschränkt ist oder Umfang und Verständlichkeit von Formularen, Rechtsgrundlagen, Planungsunterlagen eine ernsthafte Beschäftigung durch Bürgerinnen und Bürger unmöglich macht. Verwaltung verweigert häufig mit politischer Rückendeckung die notwendige „Übersetzungsleistung“ von unkonventionellen Vorschlägen aus der Bürgerschaft in normative Rahmen von Verwaltungsarbeit.

Immer wieder berichten uns Menschen, dass sie beim Behördengang das Gefühl haben Bittsteller zu sein. Das darf nicht so bleiben! Es braucht in Sachsen eine verbindende Idee, wohin sich der Freistaat entwickeln kann, wie soziale Sicherheit, die Voraussetzung für sozialen Frieden ist, Stück für Stück ausgebaut werden kann.

Unsere Vision:

1. Eine Offensive für einen demokratischen Freistaat: Wir leben in einem weltoffenen, neugierigen, kreativen Freistaat, in dem sich Menschen auf den verschiedenen Ebenen einbringen und ihre Ideen und Vorstellungen einer modernen und vielfältigen Gesellschaft umsetzen können. Geeignete Veranstaltungen und Beteiligungskonzepte bilden die Grundlage, einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen. In den Städten und Gemeinden finden Diskussionsforen zu Gemeinde-, Kreis- und Landespolitik statt, auf denen die politischen Akteur*innen sich mit ihren Vorstellungen einem streitbaren Publikum stellen. Auch die Menschen selbst haben Lust, wieder inhaltlich zu diskutieren, weil sie mit ihren Positionen und Vorstellungen gehört und ernst genommen werden.

Politische Kultur heißt, dass in der öffentlichen Diskussion, aber auch im Parlament offen und frühzeitig in Entscheidungsprozesse mit der ernsthaften Bereitschaft hineingegangen wird, eigene Positionen selbstkritisch zu hinterfragen und ggf. zu verändern.

Die Zeit des Durchregierens ist vorbei. Die Möglichkeit, sich breit und wirkungsvoll einzubringen, hat auch zur Folge, dass Diskussionen und Debatten kulturvoller und respektvoller stattfinden. Die Menschen haben Demokratie als gute Möglichkeit kennengelernt, sich mit ihren Argumenten Gehör zu verschaffen, aber gleichzeitig auch andere Mehrheiten am Ende eines Willensbildungsprozesses zu akzeptieren.

Dafür haben neben vielfachen Initiativen privater Natur, auch Schulen gute Rahmenbedingungen für politische Bildung, politische Kultur und Demokratiewerkstätten geschaffen.

Die Menschen in Sachsen haben Vertrauen in Politik und erkennen in Politiker*innen ihre Ansprechpartner für ein ehrliches, wertschätzendes Ringen um die Lösung im einzelnen Kleinen bis großen Ganzen – also um das Radverkehrskonzept der Stadt bis zu den gesellschaftlichen Chancen von Migration. Politik ermöglicht und erarbeitet Alternativen zu bekannten Wegen, zeigt unterschiedliche Optionen auf und diskutiert in vielfältigen Formaten, um die wechselseitige Entfremdung zwischen Wähler*in und Volksvertreter aufzulösen. Die transparente Arbeitsweise von Behörden und Politik führt dazu, dass verständlicher ist, warum politische Prozesse lange dauern können.

Nicht nur Politik außerhalb der Parlamente und Kommunalvertretungen hat eine andere Sprache gefunden. Auch da, wo Entscheidungen direkt getroffen werden, findet eine stärkere Auseinandersetzung mit Argumenten statt.

Der Zusammenhalt aller, Humanität, aber auch die soziale und kulturelle Lebenslage jedes Einzelnen stehen bei Debatten und Entscheidungen im Mittelpunkt. Die Verwaltungen haben sich interkulturell geöffnet, in ihren Reihen arbeiten zunehmend mehr Migrant*innen. Ein würdevolles Leben umfasst auch den Schutz vor staatlicher Willkür: Menschen, die sich an den Staat wenden, sind Berechtigte und keine Bittsteller*innen. In Politik und Verwaltung finden sich bis in die Führungsetagen hinein Menschen mit ostdeutschen Biografien. Die Vergabe von Stellen in Verwaltungen erfolgt transparent und es werden Fähigkeiten vor Parteizugehörigkeit gestellt.

2. Die Menschen gestalten lassen: Volksentscheide werden in Sachsen vielfach angewandt, nicht nur für Gesetzesvorhaben, sondern auch für einfache Anträge und sogar, um Gesetze des Landtages aufzuheben. Dafür wurden die Quoren massiv gesenkt und Verfahren vereinfacht. Auch auf kommunaler Ebene wird direkte Demokratie viel häufiger genutzt, weil die Quoren weiter gesunken sind und in den Städten, Gemeinden und Landkreisen wieder mehr zu entscheiden und mehr zu verwirklichen ist. Über wichtige kommunale Entscheidungen sind Bürgerentscheide sogar verpflichtend.

Bürger*inneninitiativen als zeitlich begrenzte parteiunabhängige Zusammenschlüsse von Akteur*innen werden als direktdemokratische Beteiligungsform einer engagierten Bürgerschaft anerkannt, ihr Verhinderer-Image ist durch einen produktiven Umgang von Staat und Politik aufgelöst, die deren Äußerungen von Partikularinteressen aufnehmen und diskutieren.

Versammlungen und Demonstrationen sind Ausdruck einer ursprünglich-lebendigen unmittelbaren Demokratie und häufig wichtiges Minderheitenrecht, die Kritik an staatlichem Handeln, an Regierungspolitik oder gesellschaftlichen Zu- oder Missständen aufzeigen und so die notwendige kritische Unruhe für gesellschaftliche Weiterentwicklung, gegen selbstüberschätzende Routine und Fehlwahrnahmen des politischen Betriebs erzeugen. Der Ausübung solcher demokratischer Rechte, wie dem Wahlrecht, dem Versammlungsrecht oder dem Vereinigungsrecht werden keine Hürden in den Weg gelegt, sie sind von allen hier lebenden Menschen anwendbar. Gesellschaftlich getragener, demokratischer Protest wird von der Politik als Bereicherung der demokratischen Praxis wahrgenommen und dessen Anliegen in politische Entscheidungsprozesse einbezogen.

Aber: Direktdemokratische Beteiligungsformen – anders als z.B. repräsentative Wahlen – brauchen eine besonders aufgeklärte Bürgerschaft, die um ihre Rechte weiß, ihre Ziele klar formulieren kann und durchzusetzen in der Lage ist. Direktdemokratische Beteiligungsformen brauchen deshalb gute Bildung,

damit sie von allen sozialen Gruppen und Schichten unabhängig von Bildungsstand und Einkommen gleichermaßen angewendet werden können.

Auch das Petitionswesen ist reformiert, transparenter und mittels erweiterter und erleichterter (auch elektronischer) Zugänge organisiert, und die Menschen haben eine viel größere Aussicht darauf, mit ihren Anliegen erfolgreich zu sein. Petitionen helfen, Entscheidungen von Politik und Staat auf ihre praktische Wirkung hin zu überprüfen und neue politische und staatliche Initiativen auszulösen. Sie sind damit geeignet, die Akzeptanz und Qualität von politischem und staatlichem Handeln zu erhöhen und gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Insgesamt werden mehr Menschen in Prozesse einbezogen als jetzt. Deshalb wurde beispielsweise das Wahlrecht grundlegend reformiert. So sind die Altergrenzen deutlich abgesenkt, das Wahlrecht wird grundsätzlich gewährt, wenn sich der Hauptwohnsitz im Wahlgebiet befindet und auch die diesbezügliche Diskriminierung von „behinderten“ Menschen ist beendet. Ebenso dürfen Minister keine Abgeordneten mehr sein und Abgeordnete nur noch einem Parlament angehören. Das Landesparlament und die Kommunalvertretungen spiegeln in ihrer Zusammensetzung tatsächlich die Bevölkerung wieder, auch in Geschlecht und Berufsstand. Bürgermeister dürfen nicht mehr Mitglieder von Kreistagen sein. Und auch auf Landesebene sollen die Wähler_innen noch stärker Einfluss auf die tatsächliche Zusammensetzung des Sächsischen Landtags nehmen können.

Im Verwaltungsalltag aller Ebenen ist die Erkenntnis gereift, dass Professionalität und Routine nicht immer vor Fehlern schützen kann. Die neue Fehlerkultur beinhaltet, dass auch öffentliche Verantwortungsübernahme von Entscheidungsträgern bzw. Entschuldigungen und ggf. Entschädigungen gegenüber den Einreichenden von Petitionen bzw. von Betroffenen zur Normalität geworden sind.

Beiräte und dauerhaft wirkende Interessenvertretungen von gesellschaftlichen Gruppen wie Schüler*innen, Senior*innen, Behinderten oder Migrant*innen arbeiten intensiv an neuen Ideen und entwickeln Konzepte für ihre Belange. Mit diesen Konzepten treffen sie auf offene Kommunalvertretungen und Parlamente, die daraus nach einem partnerschaftlichen Abwägungsprozess konkrete Handlungen ableiten. Politische oder staatliche Entscheidungen, die direkt die Interessen von gesellschaftlichen Gruppen berühren, werden zwingend mit diesen vorberaten und kommen gegen deren Veto nicht zustande.

Das Misstrauen zwischen Staat und aktiver Zivilgesellschaft ist vollends beendet. Die Zeiten von Generalverdacht und Gesinnungstests von Demokratievereinen gehören der Vergangenheit an.

Die Verwaltungen auf kommunaler Ebene sind grundlegend evaluiert und es hat eine Verbesserung von Verwaltungsabläufen zu Gunsten der Bevölkerung gegeben. Der Grundsatz: „Verwaltung muss dort sein, wo Entscheidungen getroffen.“ werden spielt eine wesentlich größere Rolle. Das hat Behördengänge für die Menschen vereinfacht. Auch eine stärkere Digitalisierung von Verwaltungsakten hat Einzug gehalten, ohne dabei zu vernachlässigen, dass viele Menschen bei Ihren Behördengängen Menschen gegenüber sitzen wollen.

3. Transparenz und Neugier: Staatliche Vergabeverfahren in Sachsen stärken die regionale Wertschöpfung, indem über eine wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Gelder und der Herstellung von Wettbewerb hinaus auch sozial-, arbeitsmarkt-, gesellschafts- und umweltpolitische Zielstellungen verwirklicht werden.

Landtag, Kommunalparlamente und Verwaltungen arbeiten offen und bürgernah, unterstützen aktiv bei Anliegen, bereiten Dokumente in verständlicher Sprache auf, vereinfachen Beteiligungsverfahren, bieten über die Sprechzeiten hinaus regelmäßige Teilhabeformate an wie Bürger*innenforen oder Einwohner*innenversammlungen.

Die Finanzausstattung von Kommunen ist deutlich verbessert, in allen Landkreisen, Städten und Gemeinden zeigen Bürgerhaushalte, dass es tatsächliche kommunale Entscheidungsspielräume gibt. Die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen sind Aufgabenorientiert. Alles, was zu einem funktionierenden Gemeinwesen gehört kann von den Kommunen auch geleistet werden können. Daseinsvorsorge ist eine Pflichtaufgabe. Es gibt keine sogenannten freiwilligen Leistungen mehr. Der Freistaat stattet seine Kommunen dazu mit der notwendigen Grundfinanzierung aus. Die Kommunen haben

einen hohen Freiheitsgrad und entscheiden selbständig und vor Ort mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern über ihre Belange. Für Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen existieren im Freistaat darüber hinaus 2 große Förderprogramme zur Unterstützung der Kommunen.

Transparenz beim Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Interessenvertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft ist entscheidend für eine funktionierende Demokratie. Dem wachsenden direkten Einfluss von Lobbyisten insbesondere auf Entscheidungs- und Entstehungsprozesse von Gesetzen wird dadurch begegnet, dass Lobbytätigkeit im politischen Bereich zwingend öffentlich gemacht werden muss.

Die öffentliche Verwaltung ist ein vorbildlicher Arbeit- und Auftraggeber. Auch in seinen Landes- und Tochterunternehmen stellt er eine gute Bezahlung der Beschäftigten nach Tarif sicher, berücksichtigt aber gleichermaßen in der Bezahlung der Führungskräfte, dass kommunale Unternehmen dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Unverhältnismäßige Gehälter, die sich an Bezügen von Spitzenmanagern in privaten Konzernen orientieren, sind ausgeschlossen.

Egal, wo man wohnt, man findet gleichwertige Lebensbedingungen vor. Es macht den Menschen in Sachsen Freude, sich zu beteiligen und sie sehen einen Sinn darin, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Auch die Lust an Kommunalpolitik ist wieder gestiegen. Die bis heute geltende Denke: „Aufgaben nach unten übertragen – aber keine Kompetenzen“ ist überwunden. Endlich ist wieder spürbar, dass vor Ort wieder Spielräume da sind, dass gestaltet werden kann, statt nur den Mangel zu verwalten. Viele Gemeinden und Landkreise haben die Kraft gefunden, bereits verkaufte öffentliche Daseinsfürsorge wieder in die eigenen Hände zu nehmen und sich damit wieder eigene Spielräume eröffnet. Entscheidungen können wieder an den Tischen in den Stadt- und Gemeinderäten getroffen werden, oder von den Kreistagen – immer mit dem Blick darauf, was der Region und ihren Menschen nützt. Diese Sitzungen sind daher auch grundsätzlich öffentlich. Kreistags- und Ratssitzungen der größeren Städte ab 30.000 Einwohner_innen sind als Video in einer sächsischen kommunalen Mediathek öffentlich ansehbar. Alle Sitzungen sind natürlich barrierefrei zu besuchen.

Auch das System von ausgelagerten Gesellschaften, Tochterunternehmen und kommunalen Beteiligungen wurde grundlegend überprüft. Viele dieser Aufgaben wurden den Ausschüssen zurückübertragen, um tatsächlich wieder die Gestaltungshoheit der gewählten Räte herzustellen. Gleiches gilt für Zweckverbände und die regionalen Planungsverbände, die ihre Arbeit vollständig in den ordentlichen Gremien der Kreise und Gemeinden erledigen. Insbesondere den Landkreisen sind wieder Kompetenzen übertragen worden, sodass dort mehr Entscheidungen gefällt werden können. Zum Beispiel dürfen die Landkreise eigene Wohnungsunternehmen unterhalten.

Grundsätzlich hat sich aber auch außerhalb des kommunalen und parlamentarischen Politikbetriebes etwas getan. Zwar überprüfen Parteien und politische Organisationen ihre Rolle in der Gesellschaft immer wieder und denken über die Zeit von Legislaturen hinaus, aber auch die Menschen in den Städten und Dörfen des Landes diskutieren wieder gern über Zukunftsfragen. Die Frage welche Rolle jeder selbst als Staatsbürger_in, als Mensch, als Individuum im Gemeinwesen einnimmt – hat in einer solchen Vision bereits dazu geführt, dass es ein Grundrechts- und freiheitsbezogene Grundstimmung entstanden ist, in der Demokratie, Solidarität und Humanismus gelebte Werte sind.

In fast allen Gemeinden haben sich zudem Nachbarschaftzentren gebildet. Sie sind entstanden, um der zunehmenden Digitalisierung von Kontakten, auch dem Nachlassen sozialer Bindungen etwas entgegen zu setzen. Sie sind sachsenweit Orte der Begegnung und der Achtung, in denen alle Einwohner*innen zusammenkommen können – sei es zum Kaffee trinken oder für die Verabredung von Nachbarschaftshilfe. Dort gibt es auch das geflügelte Wort: Wenn du Visionen hast – dann geh nicht zum Arzt, sondern in dieses Sachsen.

7. Freiheit und Sicherheit

8. Welche Wohnverhältnisse habe ich?

Die Situation:

Die ersten beiden Jahrzehnte nach der politischen Wende in Sachsen waren wegen des erheblichen Bevölkerungsverlustes und der ersten Eigentumswelle durch große Anstrengungen zur Beseitigung des teils massiven Wohnungsleerstandes und der Sanierung ganzer Wohnquartiere in den Städten gekennzeichnet. Dörfer und Städte haben sich herausgeputzt. Zugleich ist ein großer Teil der Böden und Immobilien in privates Eigentum übergegangen und so zu Spekulationsobjekten geworden. Wohnungen und Böden sind so zur Handelsware geworden. Seit ein paar Jahren verschlechtert sich vielerorts die Wohnsituation jedoch wieder. Besonders problematisch ist, dass Familien mit mittleren oder niedrigen Haushaltseinkommen sowie Alleinerziehende und Alleinlebende mit wenigen Einkünften zunehmend unter ihrer Wohnsituation leiden. Oft haben die Mieter*innen keinen Einfluss auf die Höhe der Miete, die Wohnungsqualität oder das nähere Wohnumfeld. Dies trifft oft auch auf kommunale oder genossenschaftliche Wohnungen zu.

Insgesamt sind folgende Tendenzen erkennbar:

Vom hohen Leerstand in den Großstädten Leipzig und Dresden zu massiv steigenden Mietpreisen bei Neuvermietungen vergingen nur wenige Jahre. Vor 2010 konnte der Leerstand insbesondere in Leipzig und Dresden deutlich durch Rückbau im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ reduziert werden. Es konsolidierte sich ein Wohnungsmarkt, der aufgrund des Überschusses neugebauter und sanierter Wohnungen in allen Preissegmenten von Nachfrager*innen bestimmt war. Die Auswahl war noch groß und die Mieten bis auf wenige Exklusivstandorte günstig. Durch den massiven Zuzug in die beiden Großstädte seit 2010 sowie steigende Geburtenzahlen wächst nun der Druck auf den städtischen Wohnungsmarkt mit Folgen für Angebotsmieten und mancherorts setzen auch erste Verdrängungsprozesse ein.

Somit zeigen sich die Wohnungsmärkte in Sachsen uneinheitlich. Einerseits wächst die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, so in den Städten durch Zuzug von Menschen aus dem ländlichen Raum, aus anderen Bundesländern und durch Geflüchtete. Vor allem in den Großstädten reicht dafür das Angebot noch nicht aus. In Sachsen leben zwei von drei Personen in einer Wohnung zur Miete. Wegen der Renditeabsichten mancher Eigentümer ist ein Teil der Mieter in einer schwierigen Lage. Andererseits steht in Sachsen noch immer fast jede zehnte Wohnung leer, eine der höchsten Leerstands-Quoten in Deutschland. Vor allem im ländlichen Raum, den peripheren Gebieten und vielen Klein- und Mittelstädten sinkt die Einwohner*innenzahl weiter. Somit gibt es keine Interessenten für den Leerstand, oft haben die Wohnungen zudem keine gute Wohnqualität. Problematisch ist dabei, dass von 2006 bis 2013 für knapp 127.000 sogenannte Sozialwohnungen die Mietpreisbindung entfallen ist. In Sachsen gibt es nur noch etwa 7.000 Wohnungen mit Mietpreisbindung. Ohne diese Mietpreisbindung sind sie der Mietpreisbildung an den Wohnungsmärkten ausgesetzt. Vor allem diese Wohnungsbestände in den Wohnungsgenossenschaften und bei kommunalen Wohnungsgesellschaften bieten aufgrund des geringeren Mietanstiegs größere Sicherheit. Besonders im privaten Wohnungssektor wachsen seitdem die Mieten.

Dazu kommen sich ändernde Ansprüche. Familien konkurrieren in den Städten mittlerweile mit vielen anderen Nutzergruppen (z. B. studentische und andere WGs), nicht wenige Menschen sind im Trend immer größerer Wohnflächen aufgewachsen und suchen z.B. als Single oder Paar nach Wohnungen, die früher eher Familienwohnungen waren. Über die Lösung dieser Probleme herrscht Uneinigkeit. Die sächsischen Wohnungsgenossenschaften wollen zum Beispiel, dass nicht in den Großstädten Wohnraum gefördert wird. Stattdessen sollen im Umfeld der Großstädte Kommunen unterstützt werden, bei denen noch viele Wohnungen leer stehen.

Die soziale Mischung ist gefährdet – in Städten und den Dörfern. Menschen mit wenig Einkommen müssen ihr Wohngebiet immer häufiger aufgrund steigender Mieten verlassen. Gegenüber den Verdrängungsmechanismen im Bereich des Wohnens sind prekäre Haushalte (einkommensschwach, geringe Qualifikation oder körperliche bzw. geistige Einschränkungen) besonders sensibel. Die Landesregierung weigert sich selbst die Mini-Mietpreisbremse umzusetzen. Und der Staat gewährt Erwerbslosen und einkommensschwachen Haushalten auch kein ausreichendes Wohngeld, die KdU-Sätze sind zu gering. Viele Kommunen nutzen ihre Möglichkeiten nicht, wenigstens minimal entgegen zu wirken, beispielsweise durch einen qualifizierten Mietspiegel, der auch die Bestandsmieten abbildet und diese stärker gewichtet als Neuvertragsmieten. Durch die Kommunen werden kaum Gebiete mit Erhaltungsschutz- bzw. Milieuschutzsatzungen belegt. Auch kleine Gewerbeunternehmen sind den Preisanstiegen ausgesetzt.

Darüber hinaus boomen in Dresden und Leipzig weitgehend abgeschirmte Investorenprojekte, oft „Höfe“ und „Residenzen“ genannt. Diese Tendenzen gefährden die soziale Mischung in den Wohnquartieren und letztlich im gesamten Freistaat. Etwa jede zehnte Person in Sachsen lebt mit einer Behinderung. Der Bedarf nach passendem Wohnraum ist riesig: In Sachsen müssten jedes Jahr über 7.000 barrierefreie (bezahlbare) Wohnungen neu hinzukommen (siehe Grafik unten). Aktuell wird das weit verfehlt.

(Einfügen Grafik)

Für Haushalte mit wenig Einkommen fängt es mit den Unannehmlichkeiten schon weit vor der fehlenden Barrierefreiheit an, denn sie sind häufig von Feuchtigkeitsschäden, Lärm und Umweltverschmutzung betroffen. Neben der mangelnden Wohnungsqualität kommt noch das vernachlässigte Wohnumfeld dazu, denn: Wohnumfeld-Verbesserung spielt oft keine Rolle, auch bei Neubauten. Nachverdichtung, Einzäunung, Ummauerung, Zerstückelung und Betonierung von Innenhöfen und Außenanlagen verhindern sehr oft die nachbarschaftliche Kommunikation oder einfach das freie Spiel der Kinder.

Verarmung und Vereinsamung drohen: Vor allem ältere Menschen drohen zu vereinsamen, wenn sie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind oder sich unsicher fühlen. Wenn die Familienangehörigen weit weg wohnen und im direkten Umfeld ein barrierefreier ÖPNV-Zugang fehlt, erschwert das die Teilhabe am öffentlichen Leben. Ältere Menschen werden dadurch und durch zu hohe Wohnkosten gezwungen umzuziehen. Vor allem die zunehmende Altersarmut wird das Problem der zu hohen Wohnkosten (siehe folgendes Zitat) in Sachsen noch verstärken.

(Zitat einfügen)

Menschen im Erwerbsalter zwingt dagegen der Druck auf dem Arbeitsmarkt häufiger zum Wohnortwechsel oder aber ihre Arbeitswege werden immer länger. Der unter Druck oder negativen Gründen („brauche billigere Wohnung“) bezogene, neue Wohnort ist dann eher Kontrast zur alten Wohnstätte als Bereicherung und Entdeckung. Somit verschlechtert sich das Wohnumfeld, wenn auch manchmal nur gefühlt. Die Alternative zum Umzug hat aber auch einen Haken: Wenn die Menschen weit pendeln, dann ist kaum Zeit für soziale Kontakte. Manchmal fühlen sich Sesshafte aber auch einsam, weil andere weggehen, zum Beispiel im ländlichen Raum. Hier fehlt es an Konzepten diesen Zustand zu verbessern. Segregation und armutsfreie Stadtteile.

Unsere Vision:

Wir wollen erreichen, dass in Deutschland neben der sozioökonomischen Gesamtentwicklung auch die Entwicklung der Einkommen es sowohl den Erwerbstätigen als auch den Rentner*innen, den Erwerbslosen, Familien, Alleinerziehenden, den Alleinlebenden mit geringerem Einkommen sowie den Menschen mit Behinderungen ermöglicht, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung anzumieten – auch im Alter. Selbstverständlich müssen dazu auch bundesweite Reformen u. a. der Arbeitslosenversicherung, der Renten- und Grundsicherung die erforderliche finanzielle Stellung aller stärken.

Mieter*innen werden bei Fragen der Wohnungsausstattung und der Gestaltung des Wohnumfeldes immer beteiligt. Neben der sehr guten Einkommensentwicklung tragen Mietbegrenzungsinstrumente zu einer gesellschaftlich gewollten Dämpfung der Mietanstiege bei.

Attraktive Wohnkonzepte motivieren Menschen, wieder in die alten Kerne der sächsischen Mittelstädte zu ziehen. Dadurch können viele leerstehende Wohnungen und Gebäude fernab der Großstädte genutzt werden. Die beanspruchte Wohnfläche je Person steigt nicht weiter an, geht vielerorts sogar zurück.

Kooperative und alternative Wohnprojekte und Hausgemeinschaften sind eine wichtige Säule zur Sicherung dauerhaft bezahlbaren Wohnraumes, zur Gestaltung von Schrumpfungsprozessen und der Zwischennutzung und Belebung von Freiräumen, vor allem in Klein- und Mittelstädten.
Mietwohnraum wird als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge grundsätzlich der Profitlogik entzogen.

Durch die Mieter*innenbeteiligung konnten Lärm, Verschmutzung und Mängel an der Wohnungsausstattung weiter zurück gedrängt werden. Die Wohnungen öffnen sich zum Wohnumfeld: Direkte Zugänge zu

Balkonen, Terrassen, Gärten. Innenhöfe bilden einen selbstverständlichen Bestandteil von Modernisierungsmaßnahmen. Innenhöfe und Wohnstraßen sind zu attraktiven, kinderfreundlichen Spielorten, Treffpunkten und Freiräumen für alle geworden. Frei zugängliche Stadt-Quartiere sind Alltag.

Die soziale Mischung steigt genauso wie die Identifikation mit der eigenen Wohnumgebung und der Austausch zwischen den Nachbarn. Ältere Menschen sind vielfältig unterwegs, in der Nachbarschaft oder mit dem ÖPNV. Vieles passiert gemeinsam und bringt die Menschen näher zusammen. Alle Wohngebiete haben eine zufriedenstellende infrastrukturelle Anbindung und ausreichende Versorgungsstrukturen. Das gilt für städtische und ländliche Regionen gleichermaßen.

Dass Menschen Wohnorte wechseln und Regionen verlassen, um Neues zu entdecken oder ganz und gar in ein neues Leben aufzubrechen, wird respektiert. Die Ohnmacht gegenüber dem Schwarmverhalten junger Menschen ist einer offenen, ehrlichen und selbstkritischen Diskussion gewichen, über Wert und Wesen von Groß- und Kleinstadtleben und dem Wohnen auf dem Dorf, über die Frage, was die Menschen für ein zukunftsfähiges, einladendes Wohnumfeld in ihrem Dorf oder ihrer Stadt tun können.

Unsere ersten Schritte:

In Sachsen sollen wieder mehr Sozialwohnungen geschaffen werden, durch Vorgaben gegenüber privaten Investoren (Anteil Sozialwohnungen). Die Kommunen sollen wieder mehr Wohnungen in eigener Hand führen. Neu gebaute Sozialwohnungen bleiben so lange Sozialwohnungen, wie Bedarf dafür da ist.

Alle Städte in Sachsen führen einen qualifizierten Mietspiegel ein, sie werden durch den Freistaat bei der Datenerhebung unterstützt. Die Mietspiegel sollen die Bestandsmieten abbilden und stärker gewichten als die Neuvertragsmieten sowie die erforderliche Einkommensentwicklung ebenso abbilden.

Der Freistaat hilft den Kommunen, dass sie Instrumente wie Erhaltungssatzungen, Zweckentfremdungsverordnungen oder Genehmigungsvorbehalte für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen möglichst weitgehend ausreizen24 und eigene kommunale Wohnungsbestände aufbauen.

Wir wollen eine Bodenpreisbremse einführen und für einen Grundstock an Flächen und Grundstücken in öffentlicher Hand sorgen, um die Ausbeutung der Menschen durch Mietwucher einzudämmen.

Wir werden Maßnahmen für mehr Mitbestimmung von Mieter*innen einführen. Unter anderem sollen Wohnungsgenossenschaften Entscheidungen der Mitglieder-Generalversammlungen umsetzen. Mieter- und Verbraucher*innenschutzinitiativen werden gestärkt, um sich gegen Mietwucher wehren zu können. Wir wollen Bündnisse mit der Wohnungswirtschaft schaffen, vor allem mit Genossenschaften und kommunalen Unternehmen, um kurzfristige Maßnahmen wie einen großen gemeinsamen Pool an Wohnungen umzusetzen.

Wir vollziehen bei der Stadt- und Verkehrsplanung des Freistaates und der sächsischen Kommunen einen Paradigmenwechsel mit bezahlbaren Preisen und einem dichten Liniennetz im ÖPNV sowie kinder- und seniorenfreundlicher Wohnumfeldgestaltung (z. B. durch Verkehrsberuhigung).

Wir werden gemeinsam mit den Verwaltungen den Rechts- und Finanzrahmen für experimentelle Vorhaben erneuern. So werden wir Teilrückbau-Projekte, Wohn-/Hausgemeinschaften, Zwischennutzungen („Wächterhäuser“), „Probewohnen“28, Mitarbeiter-Wohnungsbau (zur Gewinnung von Fachkräften), Mietshäusersyndikate, Ausbau-Hausprojekte und Gesamtkonzepte für Barrierefreiheit in Quartieren („Design für Alle“) unterstützen und fördern. Ziel ist insbesondere die Senkung des Leerstands außerhalb der Großstädte. Begleitend werden Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen entwickelt, die viele dieser Vorhaben vor Ort ermöglichen können.

Zukünftig wollen wir die Finanzierung energetisch sinnvoller Sanierungen durch die öffentliche Hand sicherstellen, um eine Kostenabwälzung auf die Mieter*innen zu verhindern.

9. Welchen Weg geht Europa?

Die Situation: Die Europäische Union (EU) ist stets präsent in unserem täglichen Leben, obwohl wir uns dessen nicht immer bewusst sind. Die EU ist auf dem Bauernhof genauso präsent wie in jedem Rathaus, auf jedem Teller, in jedem Bundesland und wird maßgeblich bestimmt von den Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten.

Europa ist mehr als die EU. Aber ein großer Teil der europäischen Länder hat sich zur EU zusammengeschlossen. Der Widerstand gegen die derzeitige Politik des Sozialabbaus, des Raubbaus an Klima und Umwelt, der Privatisierung wichtiger öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen, der Abschottung gegen Geflüchtete und Rechtsextremismus ist europäischer Alltag. Die Streikenden von RyanAir haben sich europaweit organisiert und sind deshalb erfolgreich. Die Bewegung der Schüler*innen „Friday for future“ für den schnellen Kohleausstieg und für eine nachhaltige Klimapolitik ist europäisch und setzt die EU-Mitgliedstaaten unter Druck. Die Initiativen zur Rettung Geflüchteter sind europäisch organisiert und eng vernetzt mit den Städten und Gemeinden in Europa, die sich zu sicheren Häfen und solidarischen Städten erklärt haben. **All diese Initiativen, Bewegungen, Städte und Gemeinden sind die Keimzelle für ein Europa der Solidarität, des Friedens, der sozialen Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit und funktionieren nur über nationale Grenzen hinweg**. Kurzum: für ein Europa, das eine Zukunft hat und ein gutes Leben für künftige Generationen bietet.

Das Problem:
Europa zu weit weg von Bürgerinnen und Bürgern. Freistaat zu wenig aktiv.

Unsere Vision:
Sachsen ist wichtiger Gestaltungskraft in einer Europäischen Republik. Intensivere Nachbarschaftsbeziehungen zwischen den Menschen aus PL-CZ-SN.

Das gemeinsame Projekt Europa ist also das Beste was den Menschen hierzulande nach Ende des zweiten Weltkrieges passieren konnte und dennoch befindet es sich in einer seiner schwersten Krisen. Die EU leidet aus unterschiedlichen Ursachen an einem Vertrauensverlust. Gleichzeitig bilden sich aber zahlreiche Initiativen heraus, die für ein demokratisches, humanes und soziales Europa eintreten. Die gegenwärtigen Krisen in Europa lassen sich nicht mehr nur auf wirtschaftliche Fragen reduzieren. Die heutige EU weißt in vielen Belangen Demokratiedefizite auf und ist nicht in der Lage, echte demokratische Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und die rechtliche und politische Gleichstellung der europäischen Bürger*innen herzustellen. Diese Krisen sind Ausdruck vieler struktureller Mängel der EU, wie eines handlungsunfähigen Europäischen Parlaments ohne grundlegende parlamentarische Rechte (Initiativrecht) oder auch eines nur indirekt legitimierten Europäischen Rats, der Entscheidungen des Parlaments systematisch blockiert und nationalstaatliche Interessen mächtiger Mitgliedstaaten durchsetzt. Die EU ist für viele ihrer Bürger*innen kaum greifbar, die Möglichkeiten der Mitgestaltung scheinen nicht vorhanden zu sein.

nationalistische und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen, die in einigen Ländern der EU teilweise sogar Regierungsverantwortung tragen, sind auch ein Ausdruck dieser Strukturschwächen der EU, der Brexit ein unrühmlicher Höhepunkt dieser Entwicklung. .. *Neben den Demokratie-Defiziten und der fehlenden* politischen und rechtlichen Gleichstellung der europäischen Bürger*innen mangelt es der Wirtschafts- und Währungsunion an der demokratischen Einbettung in eine politische und eine soziale Union. Der Gemeinschaftssinn ist zerrüttet, Urteile des Europäischen Gerichtshofes (z. B.

Umverteilung von Geflüchteten) werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten nicht anerkannt. Gleichzeitig fehlen geeignete Sanktionsmöglichkeiten oder andere Instrumente, um gegen Mitgliedstaaten vorzugehen, die gegen das Europäische Recht verstoßen.

Das verunsichert die Menschen

***Soziale Not**:* Aufgrund der neoliberalen, marktradikalen Politik verarmen ganze Regionen. Die auch von Deutschland diktierte Sparpolitik hat notwendige öffentliche Investitionen in soziale Infrastruktur, Bildung und Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert und zur Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit zur massiven Verschlechterung der Lebenslagen, zu sinkenden Renten und Löhnen, hoher Arbeitslosigkeit und vor allem sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in Südeuropa geführt. Das hat die soziale Not in Europa verschärft. Die Schere zwischen Arm und Reich geht überall in Europa weiter auseinander, genauso wie die Kluft zwischen Zentrum und Peripherie..

***Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise**:* Hohe Schulden durch Banken und Spekulanten wurden der Allgemeinheit aufgeladen und führen zu noch mehr Auseinanderdriften in Arm und Reich. Es entsteht ein wirtschaftliches und Ungleichgewicht zwischen den großen EU-Mitgliedstaaten und den europäischen Südländern.

Umweltkrise: Auf dem Pariser Klimagipfel wurde ein Minimum an Einigkeit erreicht. Leider stellen die USA unter Präsident Trump das Erreichte wieder in Frage und gemeinsame europäische Lösungen für mittel- und langfristige Änderungen werden dadurch verhindert, dass EU-Mitgliedstaaten ihre Souveränität in diesen Fragen nicht abgeben wollen und an umwelt-&klimazerstörenden Energiegewinnungsverfahren hängen..

***Die Not der Geflüchteten**:* Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben keine gemeinsame Strategie für die Aufnahme, die Verteilung und die Integration Geflüchteter, auch weil einzelne Mitgliedstaaten sich ihrer Verantwortung für Geflüchtete verweigern und Lösungen auf europäischer Ebene blockieren. Die Dublin-Regelung ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen: Weil einige wenige Länder wie Deutschland von ihrer geografischen Lage profitierten, wurden die Länder im Süden Europas lange Zeit in Fragen von Flucht und Migration allein gelassen. Die Abschottungs- und Blockadepolitik der EU führt zu mehr humanitärem Leid unter den Menschen, die vor auch von den Mitgliedsstaaten der EU mitverursachten Kriegen, Hunger, wirtschaftlicher Not und Klimakatastrophen fliehen. Es fehlt ein friedenspolitisches, faires, sozial-ökologisches Konzept, um Fluchtursachen endlich zu beseitigen. Noch immer exportieren Länder wie Deutschland und Frankreich Waffen und hochmoderne militärische Ausrüstung in Kriegsgebiete oder Länder, die von diesen Kriegen profitieren. Die EU-Außengrenze wird immer weiter in den Süden verlagert, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die Menschen aus Seenot retten, sowie Engagement für Geflüchtete insgesamt, werden kriminalisiert. Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten, das Abschiebungen nach Afghanistan und in die Türkei erlaubt, garantiert keine tatsächliche Sicherheit oder physische und geistige Unversehrtheit der Menschen, sondern dient lediglich dazu, die Geflüchteten schneller und effizienter loszuwerden.

*Sicherheitsrisiken:*Neben den im öffentlichen Bewusstsein eingebrannten Formen des internationalen Terrorismus bedrohen auch Formen der Schwerstkriminalität und der organisierten

Kriminalität das gesellschaftliche Leben und die öffentliche Sicherheit. Statt jedoch soziale Prävention, Verhinderung der Radikalisierung, Deradikalisierung sowie polizeiliche Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gleichermaßen intensiv zu befördern, werden überwiegend polizeiliche Eingriffsbefugnisse erweitert und Polizei und Justiz digital aufgerüstet, was zugleich mit erheblichen Einschränkungen von und Eingriffen in Grund- und Freiheitsrechte der europäischen Bürger*innen verbunden ist.

Gefährdung des Friedens: Bewaffnete Konflikte, die Politik der Drohungen, die Bereitschaft zum Einsatz von Nuklearwaffen und eine massive Aufrüstung prägen unsere Zeit. In der Ukraine herrscht Krieg und der Balkan ist nach wie vor instabil. Die Sanktionen gegen Russland und die Ausdehnung der NATO bis an seine Grenzen stehen einer Annährung und der nötigen Entspannungspolitik im Wege. Deutschland und Frankreich profitieren durch Waffenexporte vom Elend anderer Regionen.

Doch die Europäische Union bietet eben auch Chancen, die wir in der Vergangenheit nutzen konnten und die wir in die Zukunft tragen müssen.

Unsere europäischen Nachbarn*: Seit der EU–Osterweiterung leben wir in Sachsen nicht mehr an einer Außengrenze der EU, sondern in ihrem Herzen. Unsere unmittelbaren Nachbarn sind uns trotz der geografischen Nähe mitunter fremder als Spanien und Frankreich.* Es gibt zwar im grenznahen Raum viele Initiativen und Projekte für eine gute Zusammenarbeit und lokale und regionale Beziehungen auf Augenhöhe zwischen allen Partner*innen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Blick vieler Sächs*innen auf Polen und Tschechien immer noch stark durch ein Nützlichkeitsverhältnis geprägt ist und dass nach wie vor viele stereotype Vorurteile bestehen. Dazu gehört für viele auch immer noch das Erlernen der Sprache des Nachbarn. In tschechischen und polnischen Schulen ist Deutsch bei den Fremdsprachen Nummer 2, gleich hinter Englisch.[i] Bei uns landen die Nachbarsprachen dagegen leider noch auf den hinteren Rängen.[ii] Gute Nachbarschaft beruht aber auf gegenseitigem Zugehen und auch auf der Wertschätzung der in Sachsen lebenden Polen und Tschechen, immerhin 10% der hier lebenden Ausländer*innen.[iii]Fazit: Hier ist noch deutlich Luft nach oben.

*Der Staatsregierung stehen M*öglichkeiten offen, sich aktiv in die EU-Gesetzgebung einzubringen und wirkliche Reformen im Sinne einer demokratischen, friedlichen und sozialen EU auf den Weg zu bringen. Bisher schaltet sich die Staatsregierung aber zu spät oder gar nicht ein oder behindert eine sächsische Mitwirkung im Interesse der Bürger*innen zu Klimaschutz, Freihandel (TTIP …) und Digitalisierung im Sicherheitsbereich. Dabei sind die einzelnen EU-Regionen, also auch Sachsen, für den EU-Neustart gerade jetzt gefragt.

Unsere Vision: Die Europäische Union ist tiefgreifend umgestaltet. Das Auseinanderbrechen wurde durch die Gründung der Republik der europäischen Regionen verhindert. Die EU-Regionen arbeiten entlang ihrer Problemlagen und Herausforderungen in Fragen z. B. des Strukturwandels, der Demografie oder der Verkehrsanbindungen über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg zusammen und entwickeln partnerschaftliche Lösungen. (dies gilt auch für die medizinische Versorgung und die Pflege, für Projekte und Kooperationen in den Bereichen Kultur, Soziokultur

und Sport) Das trifft für Sachsen sowohl für die polnischen und tschechischen Regionen zu, aber auch für die Zusammenarbeit mit anderen Regionen. Durch den Ausbau der Mehrsprachigkeit wurden mit unseren direkten Nachbarn Polen und Tschechien vielfältige kulturelle und sprachliche Verständigungen - eine „Nachbarschaft auf Augenhöhe“ – entwickelt. Die Republik der europäischen Regionen setzt auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen. Mit der Vereinheitlichung des europäischen Steuerrechts, der sozialen Sicherung, der Rente, des Mindestlohnniveaus und der Arbeitslosenversicherung ist sicher gestellt, dass das Projekt Europa ein Miteinander statt eines Gegeneinanders ist. Die Republik der europäischen Regionen berücksichtigt die Unterschiedlichkeit der Regionen. Sie umfasst alle Menschen, die sich auf ihrem Territorium befinden. Ohne Abgrenzung, Mauern und Stacheldraht orientiert sich das Selbstverständnis der Republik der europäischen Regionen am Republikanismus der französischen Revolution: Teil der europäischen Republik kann sein, wer sich zu ihren Prinzipien bekennt. Es gibt keinen Ausschluss wegen Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Wahlrechtsgleichheit, direkte Beteiligung, Einbindung der Regionen über eine zweite Kammer des Europäischen Parlaments und das Verbot der finanziellen Einflussnahme auf politische Entscheidungen sind weitere Grundpfeiler für die Schaffung einer wirklichen europäischen Demokratie.

„Das Ergebnis wäre die Zusammenfassung kleiner europäischer Staaten in einem Netz kleiner, schweizähnlicher Staatenbunde […]. Sobald Europa in ein System kleiner Zellen umgewandelt ist, wird sich das Schweizer Modell nebenbei auch für eine Pan-Europäische Union ergeben.“[iv]

Leopold Kohr (Träger des Alternativen Nobelpreis 1983)

Mögliche Karte einer„Republik der europäischen Regionen“[v]

Diese neue Europäische Union gibt ihren Bürger*innen mehr direkten Einfluss durch regionale und europäische Bürgerinitiativen sowie plebiszitäre Entscheidungsinstrumente in der Union und in den Regionen.[vi]So konnte ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen und bei der Lösung regionaler Konflikte helfen. Die EU bzw. die Republik der europäischen Regionen verkörpert das Versprechen des Friedens und der friedlichen Konfliktlösung an die Bürger*innen.[vii] Die Menschen und Länder in Europa haben sich untereinander ausgesöhnt, in Nord (z. B. Großbritannien, Irland), Süd (z. B. Griechenland), West (z. B. Katalonien) und Ost (z. B. Russland, Ukraine).[viii]Und auch Sachsen leistet durch seine Erfahrungen mit Polen und Tschechien dazu und zu solidarischem Handeln in Europa seinen Beitrag. Auf weltpolitischer Ebene steht die neue Republik der europäischen Regionen für Abrüstung, gerechte soziale Sicherungssysteme, Friedenspolitik und faire Wirtschaftsbeziehungen und damit für gute Voraussetzungen, um Umwelt- und Fluchtkatastrophen zu verhindern. In einem neuen europäischen Agrarmarkt steht die Versorgung der eigenen Bevölkerung mit guten und gesunden Lebensmitteln im Mittelpunkt. Vielfältige, kleinteilige Landwirtschaftsstrukturen füllen die Dörfer mit Leben füllen.

Die europäischen Verträge sind neu verhandelt worden, um die Reformen der EU voranzubringen. Die EU hat sich fundamental verändert in Form eines Europas der Regionen mit parlamentarischer Demokratie und Gewaltenteilung. Das Europäische Parlament ist ein echtes demokratisches Parlament mit allen parlamentarischen Aufgaben und Rechten sowie zweiter Kammer zur Vertretung der Regionen. Die Europäische Kommission wird als EU-Regierung vom Parlament gewählt und kontrolliert. Die Europäische Republik garantiert für ihre Bürger*innen Gleichheit und Freiheit.

Fünf Säulen der künftigen Europäischen Union:

1. In der Europäischen Union sind die universellen **Menschenrechte** geschützt. Jedes Menschenleben zählt gleichermaßen und jeder Mensch hat einen Anspruch auf die Garantie der unveräußerlichen Menschenrechte unabhängig von seiner Herkunft. Das umfasst sichere Fluchtwege in die Europäische Union und ein europäisches Asylsystem, das die Städte und Gemeinden unterstützt, die Geflüchtete über ihr „Soll“ hinaus aufnehmen und zu gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürgern machen. 2. Die Europäische Union bietet in der Weiterentwicklung der Säule sozialer Rechte **soziale Sicherheit**. So werden Vorurteile abgebaut und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt. Schutzrechte und soziale Standards gelten für alle Menschen in der EU und orientieren sich an den jeweils höchsten Standards. Eine **europaweite Arbeitslosenversicherung,** europäische Mindestlohn(-korridore) und eine Sicherung der Grundrechte von Kindern bieten ein gutes soziales Sicherungsnetz gegen Armut. Mit unentgeltlicher frühkindlicher Bildung in der gesamten Union ist der Grundstein für Bildungsgerechtigkeit gelegt.

3. Die Europäische Union übernimmt global Verantwortung und ist vor allem eine **Union des Friedens** nach innen und außen. Europa stemmt sich gegen jegliche Aufrüstung und befördert internationale Abrüstungsverhandlungen. Eben deshalb lehnen wir eine europäische Armee grundsätzlich ab. Krisenhafte Konflikte in Europa und darüber hinaus wird die EU zu entschärfen suchen statt sie anzuheizen. Städtepartnerschaften, ziviler Austausch und persönliche Kontakte der Einwohnerinnen und Einwohner untereinander über alle regionalen Grenzen hinweg fördern das friedliche Miteinander.

4. Die Europäische Union schützt **öffentliche Güter und Dienstleistungen vor Privatisierung**. Energie, Breitband, Wasser, Bildung, Mobilität, Gesundheit, Wohnen – dienen als Daseinsvorsorge der Allgemeinheit und sind in demokratisch legitimierte Verantwortung, sprich in die öffentliche Hand gelegt. Zur Stärkung des Gemeinwohls wird eine europaweite Fonds aufgelegt, mit dem eine Überführung der bisher privaten Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand ermöglicht wird.

5. Die Europäische Union lässt **Nachhaltigkeit und Umweltschutz kein Privileg der Reichen** sein. Die EU bemüht sich um den Erhalt und den Schutz der Artenvielfalt. Der Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und Unkrautvernichtern ist drastisch reduziert. Ein EU-weit abgestimmtes Programm zum Stopp des Artenschwunds wirkt. Der Kohleausstieg beginnt nicht nur in Deutschland und wird europaweit bis spätestens 2035 abgeschlossen sein. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden – bürgernah, Atomkraft und Fracking sind ausgeschlossen

[1]Bernd Kramer, „Do you speak German?: Diese Fremdsprachen lernen Europas Schüler“, *Spiegel Online*, 27. August 2015, Abschn. Leben und Lernen, http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/europa-diese-fremdsprachen-lernen-schueler-a-1046284.html.

[1]SMK, „Kleine Anfrage des Abgeordneten Nico Brünler, Fraktion DIE LINKE Drs.-Nr.: 6/5535 Thema: Fremdsprachen an sächsischen Schulen“, 13. Juli 2016; SK, „Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Claudia Maicher (GRÜNE), Drs.-Nr.: 6/10598 Thema: Zukunft freier Träger der Förderung grenzübergreifender Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik“, 26. September 2017.

[1]Sächsischer Ausländerbeauftragter, „Jahresbericht 2016 des Sächsischen Ausländerbeauftragten - Statistik-Teil“ (Dresden, 31. März 2017).

[1]Leopold Kohr, „Einigung durch Teilung. Gegen nationalen Wahn, für ein Europa der Kantone - ein Vorschlag aus dem Jahr 1941“, *Die Zeit*, 18. Oktober 1991.

[1]Günther Witzany, „Karte einer ‚post European Union‘, basierend auf der Philosophie Leopold Kohrs“, 2011, http://www.biocommunication.at/pdf/meetings/IMG_0001.pdf.

[1]Krastev, *Europadämmerung - Ein Essay*.

[1]Ulrike Guérot, *Warum Europa eine Republik werden muss!: eine politische Utopie* (Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., 2016).

[1]Krastev, *Europadämmerung - Ein Essay*.

10. Enkeltaugliche Mitwelt - Wie gehen wir mit der Natur um?

Das Problem:
Wir leben über dem verträglichen Maß. Der Naturhaushalt ist überlastet.

Unsere Vision:
Sozial gerechte Ressourcen- und Umweltpolitik ohne fossile Energien mit Klimagasen und ohne Flächenfraß - aber mit Naturreichtum und Artenvielfalt, sauberer Luft und gesundem Boden.

Die Situation:
Der Erdüberlastungstag beschreibt den Tag, an dem die nachhaltig nutzbaren Ressourcen eines Jahres verbraucht sind. Er wird jedes Jahr vom Global Footprint Network errechnet und verdeutlicht die ökologischen Grenzen des Planeten. Im Jahr 2018 erreichte Deutschland bereits am 2. Mai „seinen" Erdüberlastungstag. Bis zu diesem Tag hatten seine 82 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch bereits alle Ressourcen eines Jahres verbraucht, die sich im gleichen Zeitraum wieder regenerieren können. Wir verbrauchen mehr Acker-, Weide- und Waldflächen und leeren mehr Fischgründe, als uns zustehen; unsere Wirtschaft stößt mehr Klimagase aus, vor allem Kohlendioxid, als Wald und Meere aufnehmen kann. Wir leben also in Deutschland schon ab dem 3. Mai auf Kosten kommender Generationen und der Länder des Südens. Wäre unser Lebensstil Vorbild für alle Menschen, bräuchten wir drei Erden. Beunruhigend daran ist: Der globale wie nationale Erdüberlastungstag rückt immer weiter nach vorn und Sachsen hat daran einen gewichtigen Anteil.

Höher, weiter, schneller: Eine politisch befeuerte Wachstumsideologie und Konsumfixierung hat dazu geführt, dass die Belastungsgrenzen der Erde zum Teil bereits deutlich überschritten sind – mit katastrophalen Folgen:

1. Klimawandel: Es werden zu viele Klimagase ausgestoßen - die Erde erwärmt sich, Extremwetter nimmt zu.
2. Artensterben: Tiere- und Pflanzen verschwinden, genetische Vielfalt geht verloren, Regenerations- und Anpassungsfähigkeit von Ökosystemen nimmt ab.
3. Landnutzungsänderung: Wertvolle Landflächen und Böden werden versiegelt oder übernutzt.
4. Überfrachtung: Zu viel Stickstoff und Phosphor wird frei – Wasser und Luft werden verschmutzt, Wälder krank.

Das passiert vor allem, weil Kohle und Öl verbrannt werden oder künstlicher Dünger produziert und angewendet wird. Dazu werden täglich natürliche Lebensräume von Tieren und Pflanzen zerstört.

Auch Sachsen ist für diese Entwicklung mitverantwortlich. Seit fast 20 Jahren ist im Freistaat die Menge der ausgestoßenen Klimagase, der Stickstoffemissionen und der Bodenbelastung u.a. mit Nitrat nahezu unverändert hoch - trotz vereinbarter Verpflichtungen und Ziele. Über die Hälfte aller in Sachsen vorkommenden Lebensraumtypen für Pflanzen und Tiere gelten als gefährdet. Die Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen werden kleiner und isolierter, Wanderkorridore gekappt. Immer noch wird viel mehr Fläche neu versiegelt, als der Natur zurückgegeben. Der Nutzungsdruck auf die Freiflächen steigt: Obwohl die sächsische Bevölkerung schrumpft, ist der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsfläche auch im Jahr 2017 mit 4,3 ha pro Tag immer noch mehr als doppelt so hoch wie der Zielwert von 2 ha am Tag. Die gleiche Entwicklung sehen wir bei den Treibhausgasemissionen. Wenn alle Menschen maximal 2 Tonnen CO_2 pro Person und Jahr verursachen würden,
könnten wir den Klimawandel wirksam bekämpfen. Aber: Im Freistaat Sachsen werden pro Person 6-mal so viel Klimagase verursacht.

Je später die Energiewende und das völkerrechtlich verbindliche 1,5-Grad-Ziel erreicht werden, desto abrupter und intensiver muss die Gesellschaft Maßnahmen ergreifen. Mit anderen Worten: Rasches Handeln vergrößert Handlungsspielräume und verschafft mehr Zeit für notwendige Anpassungsprozesse.

Die Auswirkungen der Naturzerstörung spüren wir heute und in den nächsten Jahrzehnten auch in Sachsen. Dabei geht es nicht nur um die schlechtere Qualität des Trinkwassers und die mangelnde Sauberkeit der Atemluft. Wir werden in Sachsen in Zukunft verstärkt mit Dürre- und Hitzeperioden, Starkregen, Sturmereignissen und den daraus folgenden (finanziellen) Lasten konfrontiert werden. Es müssen häufiger Schäden behoben, vorbeugende bauliche Anpassungen durchgeführt oder neu auftretende Krankheiten geheilt werden. Das könnte sogar ganze Branchen in wirtschaftliche Probleme führen. So wird bspw. die Schifffahrt entlang der Elbe mit dem veränderten Wasserabfluss zu kämpfen haben.

Die sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung sind zudem ungleich verteilt: Arme Menschen sind stärker von negativen Umweltwirkungen wie hohen Lärm und -Abgasbelastungen durch Verkehr betroffen, sind gleichzeitig aber weniger verantwortlich und können außerdem deutlich weniger vom Umweltnutzen bspw. über den Kauf von Biolebensmitteln profitieren.

Parallel geht bei Kindern und Jugendlichen seit Jahren das Verständnis für Natur/Naturschutz zurück. Wichtige Naturerfahrungen, und sei es mit einem kleinen Beet im Schrebergarten, werden kaum noch gemacht. Die Folge: Respekt und Wertschätzung gegenüber der Natur gehen verloren und praktische Kenntnissen (z.B. über essbare Waldfrüchte) und Kulturtechniken (u.a. Einkochen) werden vergessen.

Unsere Vision:

Im Jahr 2030 stammt die Hälfte des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen, 2050 nahezu komplett. Der Ausstoß von Klimagasen ist in allen Bereichen deutlich zurückgegangen.

In Sachsen fahren – wo sie noch gebraucht werden – Autos überwiegend ohne Verbrennungsmotoren. Das Elektronetz des ÖPNV ist in allen Regionen mit dichten Takten, barrierefreien und energieeffizienten Fahrzeugen vorhanden. Die Emissionen im Verkehrsbereich haben sich so mehr als halbiert.
Die Belastung und Regenerierung der Gewässer und Böden in Sachsen hat sich deutlich verbessert. Die Versauerung der Umwelt nimmt ab, die Stickstoff-Bilanz ist ausgeglichen. Der Flächenverbrauch durch Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur ist gestoppt.

Es gelingt der Politik, Artenvielfalt und Landschaftsqualität in Sachsen wieder schrittweise zurückzugewinnen. In allen Landesteilen sind ausreichend Rückzugsräume für bedrohte Tierarten und Habitate für seltene Pflanzen vorhanden.

Die Bevölkerung erholt sich aktiv „in der freien Natur“ und genießt besondere „Naturschönheiten“ in Sachsen, auch weil der allgemeine Zugang zu Bergen, Wäldern, Feldern, Seen und Flüssen politisch gewährleistet wird. Lasten und Nutzen von Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen sind sozial gerecht verteilt.

Statt Weltmarktstreben steht die umweltverträgliche und regionale Lebensmittelversorgung im Mittelpunkt der sächsischen Landwirtschaft.

Die Menschen ernähren sich insgesamt gesünder, besonders fleischärmer. Die Kinder erfahren bereits ab der Kindertagesstätte, wie regionale Lebensmittel angebaut und schmackhaft zubereitet werden. Gemeinschaftsversorger achten auf gesundheitsförderliche Angebote, die reich an frischen, saisonalen und regionalen Lebensmitteln sind.

Rohstoffrückgewinnung (Reparieren, Upcycling, Recycling) ist als Umweltprinzip etabliert und ein wichtiges Standbein der sächsischen Wirtschaft.

Durch Maßnahmen wie dem schrittweisen, konsequenten und zügige Ausstieg aus der Braunkohleverstromung sowie die Stärkung regionaler Wertschöpfung bei Erneuerbaren Energien sowie deren dynamischen Zuwachs wollen wir erreichen, dass bis 2030 der Paradigmenwechsel in der Energiepolitik zu einem dezentralen postfossilen System deutlich spürbar wird.

Der Strukturwandel muss vom Freistaat nicht nur in der Energiewirtschaft aktiv unterstützt werden: In der Landwirtschaft soll der Boden weniger intensiv genutzt, Tierhaltung und Pflanzenbau gekoppelt und die Anzahl der Tiere generell an die landwirtschaftliche Nutzfläche des Betriebes gebunden werden. Der Anteil der Fläche für den ökologischen Landbau muss deutlich zunehmen – auch durch eine bessere unabhängige

Beratung. Die Landwirtschaft der Zukunft muss gezielt befähigt werden, weit überwiegend auf chemischen Pflanzenschutz und Düngereinsatz, aber auch auf die prophylaktische Anwendung von Tierarzneimitteln verzichten zu können, um besonders den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt in Feld und Flur aufzuhalten und umzukehren. Die fachlichen und baulichen Standards in der Landwirtschaft sind deshalb regelmäßig an die wachsenden Erfordernisse des Natur- und Artenschutzes sowie des Gesundheits- und Tierschutzes anzupassen. In Schutzgebieten, im Haus- und Kleingartenbereich sowie auf kommunalen Flächen erfolgt eine Bewirtschaftung ausschließlich nach ökologischen Prinzipien.

Des Weiteren ist eine Neugestaltung der Pestizid-Zulassungsprüfungen erforderlich, damit die Prüfung der Wirkung von Pestiziden und deren Anwendungsmischungen auf ganze Lebensgemeinschaften und Nahrungsnetze in der Natur sowie wichtige Prozesse wie Bestäubung, Stickstoffkreislauf, Streuzersetzung und Photosynthese realitätsnah ist.

Der spekulative Erwerb von Agrarflächen durch landwirtschaftsfremde Investoren muss unterbunden werden. Zusätzlich werden ökologisch-innovative Agrarpioniere unterstützt, indem ihnen Flächen, die in Städten und Gemeinden beispielsweise durch fehlende Nachnutzer (Gartenbau, Kleingartenanlagen, Siedlungsrückbau) vorhanden sind, in einem Flächenpool erfasst, ggf. öffentlich erworben und weiterverpachtet werden.

Im Freistaat werden die Landwirtschaft und der Straßenverkehr als die Hauptverursacher für hohe Schadstoff-Einträge, insbesondere für den hohen Stickstoff-Ausstoß, verstärkt für Einsparungen in die Pflicht genommen. Der landesweite Biotopverbund wird ausgebaut und vernetzt, Flächen mit hoher Artenvielfalt, insbesondere Großschutzgebiete, werden ausgeweitet sowie Wirtschaftsforste zu stabilen und ökologisch wertvollen Wäldern umgebaut.

Die Forschung und Entwicklung in alternative Antriebstechnologien wie Wasserstoff und Batteriezellen werden vom Freistaat mit höchster Priorität gefördert. Öffentliche Ladesäulen und Speichertanks werden landesweit und flächendeckend eingerichtet. Elektromobilität wird vor allem durch den Ausbau des ÖPNV gewährleistet, in dem ökologische Fahrzeugstandards und für alle Kommunen Mindestbedienhäufigkeiten festgeschrieben werden. Der Staat nutzt nicht nur für seine eigene Flotte saubere Car-Sharing-Fahrzeuge, sondern stellt diese auch in für private Unternehmen unwirtschaftlichen kleinen Kommunen zur Verfügung. Man kann so erstmals flächendeckend auf das eigene Auto verzichten, wodurch ein genereller Wandel im Mobilitätsverhalten der Menschen beginnt.

In der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern beim Strukturwandel und beim Ausbau Erneuerbarer Energien werden neue direktdemokratische Mitwirkungsformate umgesetzt. Strukturelle Benachteiligungen von bürgerschaftlichen Akteuren beim wichtigen Zugang zu Fördermitteln werden aufgebrochen, in dem besonders für die Bereiche (Sozio-)Kultur und Bildung vereinfachte Antrags- und niedrigschwellige Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

---

[i] Bernd Kramer, „Do you speak German?: Diese Fremdsprachen lernen Europas Schüler“, *Spiegel Online*, 27. August 2015, Abschn. Leben und Lernen, http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/europa-diese-fremdsprachen-lernen-schueler-a-1046284.html.

[ii] SMK, „Kleine Anfrage des Abgeordneten Nico Brünler, Fraktion DIE LINKE Drs.-Nr.: 6/5535 Thema: Fremdsprachen an sächsischen Schulen“, 13. Juli 2016; SK, „Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Claudia Maicher (GRÜNE), Drs.-Nr.: 6/10598 Thema: Zukunft freier Träger der Förderung grenzübergreifender Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik“, 26. September 2017.

[iii] Sächsischer Ausländerbeauftragter, „Jahresbericht 2016 des Sächsischen Ausländerbeauftragten - Statistik-Teil“ (Dresden, 31. März 2017).

[iv] Leopold Kohr, „Einigung durch Teilung. Gegen nationalen Wahn, für ein Europa der Kantone - ein Vorschlag aus dem Jahr 1941“, *Die Zeit*, 18. Oktober 1991.

[v] Günther Witzany, „Karte einer ‚post European Union‘, basierend auf der Philosophie Leopold Kohrs“, 2011, http://www.biocommunication.at/pdf/meetings/IMG_0001.pdf.

[vi] Krastev, *Europadämmerung - Ein Essay*.

[vii] Ulrike Guérot, *Warum Europa eine Republik werden muss!: eine politische Utopie* (Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., 2016).

[viii] Krastev, *Europadämmerung - Ein Essay*.

Zusammenfassung ALEKSA (Forderungen)

Für die Zusammenfassung wurden folgende Texte genutzt:

- Überarbeitete Fassung des Landeentwicklungskonzeptes ALEKSA – Stand 28.02. 2019 (Redaktionsgruppe)
- Aleksa: Teil B – Ausgangslage und linker Ausblick / Fließtextfassung Stand: 03.07.2018
- Aleksa Bildung – Kultur – Sport (Stand: unbekannt)

Voranmerkung: Nach Sichtung aller Inhalte kann gesagt werden, dass ALEKSA als Gesamtwerk konzipiert und (teilweise) geschrieben worden ist, um linke Zukunftswünsche und deren konkrete Umsetzung vorzustellen. Allein die Wiedergabe der Forderungen wird dem Konzept nicht gerecht. Weiterhin muss erwähnt werden, dass einige Forderungen nicht mehr aktuell sind, aber trotzdem hier aufgeführt werden. Auch sind die Forderungen teilweise sehr spezifisch und für die Umsetzung im Landtag gedacht und können im Parteikontext nur bedingt angewandt werden. Ich habe die Forderungen Wort für Wort entnommen und nicht dem heutigen Parteisprech angepasst, sowie keinerlei Erläuterungen zu den Forderungen ergänzt, da dies den Rahmen gesprengt hätte. Bei Interesse bitte ich Euch in die entsprechenden Fassungen zu schauen, wenn Erläuterungen benötigt werden.

Gewichtung: auf Wunsch wird eine Gewichtung der Forderungen vorgenommen, die ***FETT und Kursiv*** hervorgehobenen Überschriften und Teilüberschriften stellen, aus meiner Sicht, die wichtigsten und drängendsten Forderungen dar.

Forderungen aus: „Überarbeitete Fassung des Landeentwicklungskonzeptes ALEKSA – Stand 28.02. 2019 (Redaktionsgruppe)“

Überschrift	**Teilüberschrift (Zeilen)**	**Forderung**
1. Was hält uns zusammen	***Sozialer Zusammenhalt ist die Voraussetzung für die Freiheit einer Gesellschaft (129-158)***	- solidarisches Sicherungssystem - Auskommen für alle - Grundsicherung - gesundheitliche Einrichtungen in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand - Umverteilung innerhalb der Gesellschaft
2. Gleichwertiges Leben überall – holen wir uns Gestaltungsmacht zurück	Unsere Vision (303-314)	- gleichwertige Lebensbedingungen
2. Gleichwertiges Leben überall – holen wir uns Gestaltungsmacht zurück	***2.1. Leistungen der Daseinsvorsorge vorausschauend entwickeln und solidarisch finanzieren (318-380)***	- Zentren der Begegnung - unabdingbare öffentliche Grundleistungen für alle

		- innerstaatlicher Solidarausgleich - kinder- und familienfreundliche Politik - moderne Gleichstellungspolitik - flexible Arbeitszeitmodelle - aktive Einwanderungs- und Integrationspolitik - legal gesetzliche Einwanderungswege - neue Formen der globalen Zusammenarbeit - flexible und regional angepasste Lösungen von Daseinsvorsorgeleistungen - neue Formen einer solidarischen Selbstorganisation , in Form von Regionalbudgets
2. Gleichwertiges Leben überall – holen wir uns Gestaltungsmacht zurück	***2.2. Einkommen und Einfluss – Unterschiede zwischen Ost und West (391-405)***	- Angleichung der Lebens-, insbesondere der Einkommensverhältnisse - Rentenangleich Ost – West - einheitliche Tarifabschlüsse - Quote Ost – West für Führungsetagen
2. Gleichwertiges Leben überall – holen wir uns Gestaltungsmacht zurück	2.3. Soziale Infrastruktur – Hebel für Zusammenarbeit (423 - 437)	- integrativer und strategischer Ansatz in der Sozialplanung - Einführung eines finanzpolitischen Demografiefaktors - pauschalisierte Förderungen
2. Gleichwertiges Leben überall – holen wir uns Gestaltungsmacht zurück	***2.4. Inklusive Gesellschaft – Nichts über uns ohne uns! (452-469)***	- inklusive und solidarische Gesellschaft - Beseitigung struktureller Barrieren und sonstiger Benachteiligung - Selbstvertretung und Selbstbestimmung
2. Gleichwertiges Leben überall – holen wir uns Gestaltungsmacht zurück	2.5. Gesundheitliche Versorgung – Solidarisch und bedarfsgerecht	- bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung - Ausbau eines integrierten Gesundheitssystems - Ausbau und Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes - Versorgung aus öffentlicher Hand stärken und Privatisierungen rückgängig machen

		- gemeinnützige, genossenschaftliche Eigentumsformen und Einrichtungen (Pflegegenossenschaften)
2. Gleichwertiges Leben überall – holen wir uns Gestaltungsmacht zurück	***2.6. Technische Grundversorgung – Gestaltungsmacht des Öffentlichen zurückgewinnen (509-540)***	- Stärkung der gemeinschaftlichen Trägerstrukturen - Erhöhung der Qualität des öffentlichen Nahverkehrs - kostenfreier (eng getakteter) Personennahverkehr - barrierefreies Bahn-/Bussystem - solidarische Umfinanzierung des ÖPNV - (ÖPNV) Mindeststandards für alle Gemeinden in Sachsen - Ausbau der Breitbandversorgung
4. Was erwarten wir von Arbeit und Wirtschaft?	***Unsere Vision (651-718)***	- gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit - Reduzierung der Arbeitszeit - Wertschätzungssteigerung der sozialen und kulturellen Bereiche - Löhne und Gehälter zwischen Ost und West, Mann und Frau angeglichen - im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge notwendig zu verrichtende Arbeit ist staatlich zu erbringen - Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind an gesellschaftliche Bedarfe ausgerichtet und zukunftsorientiert zu planen - Finanzierung der Leistungen für alle ist durch ein gerechtes Steuersystem geregelt - Förderpolitik: Dauer und Fokus auf regionale Besonderheiten und Erfordernisse angepasst - Einführung des 6-Stunden-Tages, bei vollem Lohn - 28-Stunden Woche

		- sanktionsfreie Mindestsicherung für Arbeitslose - Einführung des Bildungsurlaubes, mit Rechtsanspruch in Sachsen (5 Tage pro Kalenderjahr) - Novellierung Vergabegesetz - öffentliche Auftragsvergabe unter allgemeinen Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsschutzauflagen, mit Flächen- und Branchentarifverträgen - Einführung BGE
4. Was erwarten wir von Arbeit und Wirtschaft?	***Unsere Vision: Industrie (751-753)***	Programmeinführung bei Strukturwandelprozessen für Mittel- und Kleinunternehmen: Sicherstellung der Liquidität im Wandelprozess
4. Was erwarten wir von Arbeit und Wirtschaft?	Unsere Vision: Forschung (756-758)	- Teil der Fördermittel für die in Sachsen ansässigen Forschungsinstitute an die Forschung für den Klein- und Mittelstand binden
4. Was erwarten wir von Arbeit und Wirtschaft?	Unsere Vision: Förderpolitik (767-800)	- Reduzierung Förderprogramme - Pflichtmitgliedschaft (berufsständige Kammern) soll mehr Rechte und Möglichkeiten erhalten - Gründungsförderung wird erweitert, um die Unterstützung forschungs- und wissensbasierter Produkte und Dienstleistungen - stille Beteiligung des Freistaates an Start-Up-Unternehmen aus Praxis und Wissenschaft, um Bereitstellung des Risikokapitals - Zurverfügungstellen von Venture-Capital zur Gründungsphase - Sicherung von Unternehmensnachfolgen - Meistergründungsprämie von 7000 bis 15000 Euro - Einführung einer Arbeitsplatzförderung nach dem Beispiel Berlin - Einführung revolvierende Fonds

		- in Fällen von Insolvenz trotz guter Auftragslage sollen Betriebe von Mitarbeitern übernommen und als Genossenschaften weitergeführt werden
4. Was erwarten wir von Arbeit und Wirtschaft?	***Unsere Vision: Soziale Absicherung für Selbständige (803)***	- Selbstständige werden gleichberechtigt in alle sozialen Sicherungssysteme aufgenommen

Forderungen aus: „Aleksa: Teil B – Ausgangslage und linker Ausblick / Fließtextfassung Stand: 03.07.2018“

Überschrift	**Teilüberschrift (Seiten)**	**Forderung**
6. Wie werden Bürger, ihre Rechte und Freiheiten geschützt?	***Unsere Vision (4-7)***	- Gerichtsverfahren zielen auf Wahrheitsfindung und lückenlose Aufklärung - Förderung der Präventionsarbeit durch kommunale Präventionsräte - Förderung der Projektarbeit und Bildungsveranstaltungen zur Prävention - Erarbeitung von integrativen Konzepten zur Gewaltprävention - Ausbau der personellen und sachlichen Ausstattung von Gerichten - Reduzierung von Verfahrenslaufzeiten von Gerichten - Beendigung der politischen Bildungsarbeit im Sinne der Extremismustheorie - Festhalten am Trennungsgebot zwischen nachrichtendienstlicher Tätigkeit und polizeilicher Arbeit - Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz - Einstellung des Racial Profiling - Erarbeitung eines Landes- und Antidiskriminierungsgesetzes - Erarbeitung eines Partizipations- und Integrationsgesetzes

		- Anpassung und Änderung der polizeilichen Ausbildung: Einführung von politischer Bildungsarbeit - Polizei als Partner der Ausübung der Grund- und Freieitsrechte - Sensibilisierung der Polizei für Sachverhalte der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit - Stärkung der Bewerbungsinitiative von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei - Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle - Bekämpfung der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen - Intensivierung der Aussteigerprogramme - Kinder- und Jugendschutz wird hinsichtlich der Verhinderung des Drogenkonsums eine effektive Präventionsarbeit zur Seite gestellt - Entkriminalisierung des Drogenkonsums - Ausgabe von Drogen unter medizinischer Kontrolle, durch zertifizierte Träger der Wohlfahrtspflege - Stärkung des Schutzes von Opfern und Zeugen - Bürgerwehren und Selbstjustiz werden unterbunden

Forderungen aus: „Aleksa Bildung – Kultur – Sport (Stand: unbekannt)“

Überschrift	Teilüberschrift (Seiten)	Forderung
	Unsere Vision (Seite 3)	- Bildungspolitik reformieren - Prüfung des jetzigen Bildungssystems - Ermöglichung eines Schul- und Berufsabschlusses für jeden Menschen in Sachsen

	Unsere Vision: Inklusion – Radikal gesellschaftskritisch (Seite 3)	- Einführung der Inklusion als radikales Bildungskonzept - Förderung von Persönlichkeitsentwicklung
	Frühkindliche Bildung / Kita / Hort (Seite 4-5)	- Bildung für Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe stärken - Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention und allen Kindern eine Platz in einer Kita oder Regelschule in der Nachbarschaft garantieren - Ausbildung von zusätzlichem Fachpersonal - Ausbau der räumlichen Bedingungen - kostenfreie Bildung auf jeder Ebene - Reformation der Erzieher*innenausbildung - Ausbau von Berufsfachschulen zu Ausbildungs- und Kompetenzzentren - Ausbildung von Sozialassitenzen, als Zugangsvoraussetzung zur Erzieher*innenausbildung soll durch abgeschlossene Berufsausbildung oder Hochschulreife ersetzt werden - private Fachhochschulen werden staatlichen Berufsbildungseinrichtungen finanziell gleichgestellt - Ausbildung soll in Hochschulausbildung integriert werden - Gleichstellung von Erzieher*innen und Pädagog*innen
	Schule: sozialer und demokratischer Lernort statt wirtschaftsnahe Bildungsfabrik (Seite 5)	- Bildung darf keine Ware sein - Stärkung der Selbstbestimmung von Schulen - Abschaffung der Selektion nach der 4. Klasse - kleinere Klassen (max. 20 Menschen) in allen Klassenstufen, bis zum jahrgangsübergreifenden (Gruppen) Unterricht - kostenfreie Bildung

		- Demokratisierung der Schule - Ablehnung der Einflussnahme von Firmen, unternehmensnahen Verbänden und Institutionen an Schulen - keine Bundeswehr an Schulen - Angebot von Deutsch als Zweitsprache an jeder Schule
	Schule: Lehrpläne – Nicht das gestern pauken, sondern das Morgen begreifen (Seite 6)	- Anpassung der Lehrpläne an die Zeit - Lockerung bürokratischer Vorgaben: Einrichtung eines Minimalkanon über verpflichtende Lehrziele - Darbietung vielfältiger Wahlmöglichkeiten für Schüler*innen - breite Einbindung gesellschaftlicher Akteure - Thematisierung aller Formen von Rassismus - Überprüfung des Unterrichtsstoffs, auf diskriminierende und ausgrenzende Haltungen - Ersetzung des konfessionellen Religionsunterrichts, durch überkonfessionellen Ethikunterricht
	Schule: Schulformen – Vielfalt fördert Qualität des Bildungssystems (Seite 6-7)	- Anerkennung der „Dienstleistung“ freier Schulen, ohne die Gesamtverantwortung des demokratischen Staates für Bildung zu unterminieren - Installierung eines transparenten und diskriminierungsfreien Verfahrens zu Gründung von freien Schulen - kostenfreier Schulbesuch für Kinder von freien Schulen - Gleichstellung von freien und staatlichen Schulen, nach erfolgter Anerkennung

		- Umgestaltung der Schulhausanwesenheitspflicht, zur Bildungspflicht - Abschaffung von Noten - Etablierung eines sukzessiven Lernentwicklungsberichts - Abschaffung von Kopfnoten - Abschaffung von Hausaufgaben - professionelle Vor- und Nachbereitung des Schulalltags, durch adäquate Betreuung
	Schule: Pädagogische Ausbildung – Gute Lehrer*innen statt Beamte braucht das Land (Seite 7-8)	- Reformation der pädagogischen Ausbildung - Eignungstest und Praktikum zur Klärung der Eignung als Pädagog*in - gemeinsame Ausbildung von Lehrkräften - Wiederbegründung von pädagogischen Hochschulen - Rechtsanspruch auf Referendariat bei erfolgreicher erste Staatsprüfung - Rücknahme der Lehrer*innenverbeamtung - Reduzierung und Vereinheitlichung der Pflichtstundenanzahl für alle Schulformen - langfristiges Personalentwicklungskonzept - kritische Reflexion durch kollegiale Hospitationen
	Berufsschule: Berufliche Bildung - Dual, regional und kostenfrei (Seite 8-9)	- Erhalt des dualen Systems - Verbesserung der räumlichen und personellen Bedingungen - Etablierung eines inklusiven Ausbildungssystems - stärkere Bewerbung und Umsetzung der assistierten Ausbildung - Integration der vollzeitschulischen Ausbildung in die staatlichen Berufsakademien

		- Darstellung unterschiedlicher Berufsfelder ab Klasse 5 - zeitlich begrenzte Berufspraktika in den Abschlussklassen - Erweiterung des praktischen Unterrichts an Schulen - Für einen Abschluss für Alle: Förderung der beruflichen Erstausbildung der Bundesagentur für Arbeit über das 25. Lebensjahr hinaus - Qualifizierung der Abiturausbildung jenseits des Gymnasiums - gebührenfreie Berufsausbildung - finanzielle Gleichstellung von staatlichen und privaten Schulen - elternunabhängiges BaföG für Azubis - kostenfreie Mobilitätstickets für Azubis
	Hochschule/Universität: Hochschulpolitik – Wenn Ökonomisierung zur Regel wird, wird Widerstand zur Pflicht (Seite 9-11)	- Widerstand gegen die voranschreitende Ökonomisierung der Hochschulen - breiterer Zugang zur Hochschulbildung - Stärkung der Demokratisierung und Selbstverwaltung - soziale Öffnung der Hochschule durch Inklusion - gezielte Frauenförderung in der Wissenschaft - stärkere Unterstützung von Studierenden aus nicht-akademischen Haushalten - bedarfsorientierte Finanzierung neuer Studienplätze - Abschaffung des Numerus Clausus - gegen jede Form von Studien- und Verwaltungsgebühren - elternunabhängige, bedarfsdeckende finanzielle Grundsicherung aller Studierenden - Abschaffung des Deutschlandstipendiums - für die Verbundenheit von Forschung und Lehre

		- Forderung von Lehrfreisemestern für Dozierende - Förderung des Hochschuldidaktischen Zentrums und gesetzliche Verankerung dessen - Forderung einer Zivilklausel, sowie einer Transparenzklausel - für die Notwendigkeit einer verfassten Studierendenschaft - Stärkung des (erweiterten) Senats und der Fakultätsräte - Abschaffung des Hochschulrates - Beschluss eines Hochschulentwicklungsplans durch den Landtag - Ausverhandlung der Zielvereinbarungen auf Augenhöhe und unter Zustimmung des Senats - für eine gezielte Unterstützung kritischer Wissenschaft, Stärkung der Genderforschung - Auflösung der Abhängigkeit von Drittmitteln und privatwirtschaftlicher Betätigung - Hochschule als Ort gesellschaftlicher Entwicklung und Utopien - Einrichtung eines bundesweiten Hochschulpaktes zur Sicherung der Grundfinanzierung - Sachsen: Anpassung der staatlichen Zuschüsse an den Bundesdurchschnitt - Erhöhung der Zuschüsse an die Studierendenwerke, auf ein bedarfsdeckendes Niveau - Schaffung von unbefristeten Stellen für den Mittelbau - Verlängerung der Arbeitsvertragsdauer wissenschaftlicher Mitarbeiter*inne über (mindestens) Projektlänge

		- Tarifverträge für alle, an der Hochschule, beschäftigten
	Kunst und Kultur: Freiheit und Vielfalt verteidigen, Privatisierung verhindern (Seite 11)	- verbesserte Ausstattung von Kommunen und Kulturräumen, für den Erhalt der Kunst- und Kulturlandschaft - regelmäßige Überprüfung und Dynamisierung der Kulturraummittel - Schaffung eines inklusiven Zugangs zur Kunst und Kultur - Teilhabe von allen Menschen in Sachsen am kulturellen Leben - Freier Eintritt zur Förderung der Teilhabe - Honoraruntergrenzen für alle Sparten von Kulturschaffenden - gegen die Privatisierung von öffentlichen Kultureinrichtungen - Ablösung Haustarifverträge, hin zu ordentlichen Tarifverträgen an Kulturstätten
	Sport: Staatliche Pflicht statt freiwilliger Kür (Seite 12)	- Stärkung des inklusiven Charakters des Sportes - gegen die Einflussnahme von Partikularinteressen einzelner Sportverbände - Freizeit- und Breitensport, Leistungssport und Nachwuchsförderung verdienen gleichermaßen Unterstützung - Ausbau der sportlichen Beteiligungsmöglichkeiten für Alle - Ausbau der finanziellen Mittel für Bau, Sanierung und Modernisierung von Sportstätten überall im Freistaat - Abschaffung der Sportstättennutzungsgebühren für Vereine im

		Amateurbereich, um Menschen mit niedrigem Einkommen ebenfalls teilhaben zu lassen - angemessene Entschädigung für ehrenamtliche Vorstände bzw. Übungsleiterinnen und Übungsleiter - Abschaffung des Sportunterrichts und statt dessen Vermittlung von Spaß an der Bewegung und gesunder Ernährung